

Beschluss (vorläufig) 1 - Lebensgrundlagen erhalten

Gremium: LDK Siegen
Beschlussdatum: 10.12.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

Antragstext

1 Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist die Aufgabe unserer Zeit.
2 Denn die Klimakrise und das Artensterben sind längst auch in Nordrhein-Westfalen
3 angekommen, sie finden direkt vor unserer Haustür statt. Unsere Umwelt hat sich
4 bereits rasant gewandelt. Wer Klima und Umwelt schützt, leistet einen Beitrag
5 zum Frieden und schützt die Freiheit von uns und nachfolgenden Generationen.

6 Wenn wir jetzt entschlossen handeln, können wir die schlimmsten Auswirkungen der
7 Klimakatastrophe und des Artensterbens noch abwenden. Dafür braucht die Klima-
8 und Umweltpolitik NRW einen echten Neustart. Um die Brisanz der Klimakrise ins
9 Zentrum unseres Handelns zu setzen, werden wir einen Klimavorbehalt einführen.

10 Sehr viele Menschen in NRW sind schon längst weiter als die Landesregierung: Es
11 sind die vielen Millionen, die beispielsweise eine Solaranlage oder Teile davon
12 besitzen; all diejenigen, die Produkte aus der Region kaufen, verstärkt Rad, Bus
13 und Bahn benutzen und für einen starken Klimaschutz auf die Straße gehen.

14 Wir werden diese Menschen durch einen von Europa-, Bundes- und Landespolitik
15 gestalteten Rahmen unterstützen, der eine klimaneutrale Gesellschaft tatsächlich
16 möglich macht.

17 Im Klimaschutz steckt eine riesige Chance für einen sozialen und ökologischen
18 Wandel, der das Leben in Nordrhein-Westfalen für alle verbessern wird. Ein
19 klimagerechter Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit, neue und zukunftsfähige
20 Arbeitsplätze, intakte Natur und eine höhere Lebensqualität in der Stadt und auf
21 dem Land sind unsere Leitplanken.

22 Dieser Wandel geht nur mit einer mutigen Politik, die Vorsorge und Verantwortung
23 endlich großschreibt und nicht im Reparatur-Modus verharrt. Mit einem
24 Klimaschutz-Sofortprogramm schlagen wir jetzt die Pflöcke ein, um unser Land
25 möglichst vor 2040 klimaneutral zu machen und auf den 1,5°C-Pfad des Pariser
26 Klimaabkommens zu kommen. Wir werden Vorreiter in Europa und setzen den Green
27 Deal in der Praxis um. Der Kohleausstieg bis 2030 gehört genauso zu unserem Plan
28 wie ein Industriepakt mit der Wirtschaft und einem Klimavorbehalt für alle
29 Landesgesetze. Mit Sonnenenergie von jedem geeigneten Dach und Rückenwind für
30 die Windenergie machen wir NRW zum Vorreiter bei den Erneuerbaren Energien. So
31 schaffen wir zehntausende sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze.

32 Wir machen das Unterwegssein im Land einfach, sicher, umweltfreundlich und für
33 alle bezahlbar. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass unsere Mobilität nicht
34 weiter das Klima aufheizt, lärmt und die Luft in unseren Städten verschmutzt.
35 Für Fahrräder und Fußgänger*innen gibt es mehr Platz. Dörfer und auch abgelegene
36 Regionen binden wir endlich an Bus, Bahn und vernetzte Mobilitätsangebote an.
37 Grüne Oasen in der Stadt spenden auch im Sommer Schatten und sorgen für frische
38 Luft. Und auch die Industrie wird durch den Umstieg auf erneuerbare Energien und
39 konsequente Kreislaufwirtschaft leiser, sauberer und effizienter. Von Dürre und
40 Borkenkäfern gezeichnete Wälder ergrünen wieder als widerstandsfähige und

41 naturnahe Mischwälder. Mehr Platz für Tiere in den Ställen sorgt für mehr
42 Tierwohl, besseren Klimaschutz und gesündere Nahrungsmittel. Die Landwirte
43 erhalten faire Preise für ihre Produkte und einen Ausgleich für die Leistungen,
44 die sie für Umwelt- und Klimaschutz und damit für uns alle erbringen. Wir geben
45 der Natur wieder mehr Raum, holen die Schmetterlinge zurück in unsere Gärten und
46 Parks, die Fische zurück in die Gewässer und die Bienen wieder zurück auf die
47 Felder und Wiesen. Zu diesem Zweck setzen wir die Forderungen der
48 Volksinitiative Artenschutz um und reduzieren den Flächenverbrauch ebenso wie
49 den Pestizideinsatz. Wir gehen voran und leisten unseren Beitrag im
50 internationalen Einsatz gegen die Klimakrise und das globale Artensterben.

51 **Wir schützen das Klima**

52 **Sofortprogramm für mehr Klimaschutz in NRW**

53 Nordrhein-Westfalen kann seinen Beitrag zur Erreichung des globalen 1,5-Grad-
54 Ziels leisten und möglichst vor 2040 klimaneutral werden. Dafür leiten wir die
55 wichtigsten Maßnahmen mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm ein. Wir nutzen alle
56 Möglichkeiten, die wir auf Landesebene haben, um den Ausbau der Erneuerbaren zu
57 beschleunigen und stellen den Kohleausstieg bis 2030 sicher. Die nächste
58 Landesregierung muss ihre ganze Kraft und die Arbeit aller Ressorts auf die
59 Bewältigung dieser Jahrhundertaufgabe ausrichten. Wir legen ein
60 Klimaschutzgesetz vor, das hält, was es verspricht. Mit klar definierten
61 jährlichen Zielen für jeden Sektor und verpflichtenden Plänen, wie sie erreicht
62 werden sollen. Ein Klima-Sachverständigenrat überwacht die Erreichung der Ziele.
63 Kommunen statten wir mit mehr Geld und Personal für Klimaschutz und den Schutz
64 vor Klimawandelfolgen aus. Kommunale Planungen und Konzepte zu Klimaschutz und
65 Klimaanpassung sind für uns Teil der Daseinsvorsorge. Daher geben wir den
66 Kommunen verbindliche Standards und Unterstützung an die Hand, um
67 Handlungskonzepte für die Klimaneutralität und den Schutz vor Klimawandelfolgen
68 vor Ort zu erstellen. Mit klaren Regeln und Zielen schaffen wir Planungs- und
69 Investitionssicherheit für die Unternehmen im Land. Industrieunternehmen geben
70 wir mit einem Industriepakt gezielt Unterstützung für Investitionen in
71 klimaneutrale Prozesse. Damit ergänzen wir auch die Instrumente, die umgehend
72 auf Bundesebene auf den Weg gebracht werden müssen. Beim Verkehr senken wir die
73 Emissionen mit einem ambitionierten Fahrradgesetz, einem Klima-Check für
74 Straßenbauvorhaben und mehr Unterstützung für den Ausbau von Bus und Bahn.
75 Haushalte mit geringen Einkommen wollen wir mit höheren Förderquoten in
76 Landesförderprogrammen besonders unterstützen. Um bis 2035 unsere
77 Stromversorgung vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen, muss die
78 Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien deutlich erhöht werden. Dafür müssen
79 wir den Ausbau von Wind- und Solaranlagen massiv beschleunigen und das Stromnetz
80 ausgebaut werden.

81 **Klima-Check für alle Landesgesetze und für Förderprogramme**

82 Wir werden einen Klimavorbehalt für neue Gesetze und Förderprogramme einführen.
83 Schon jetzt fordert das Klimaschutzgesetz, dass neue Rechtsverordnungen und
84 Verwaltungsvorschriften den Zielen des Klimaschutzgesetzes nicht entgegenstehen
85 dürfen. Diese Regelung werden wir auf Gesetze ausdehnen und konkreter machen:

86 Für jedes Gesetz wird berechnet, wie viel Treibhausgase entstehen oder vermieden
87 werden und wie sich das mit den Klimazielen vereinbaren lässt. Gleiches gilt für
88 eine Abschätzung der sozialen Auswirkungen. Wir haben hierbei aus Fehlern der
89 Vergangenheit gelernt und werden keine Bürokratiemonster, sondern intelligente,
90 rasch umsetzbare Verfahren auflegen. Einen vergleichbaren Klima-Check werden wir
91 für die Förderprogramme des Landes einführen. Landesgeld darf die Klimakrise
92 nicht weiter anheizen.

93 Klimaanpassung: NRW vor der Klimakrise schützen

94 Schon heute spüren wir in NRW die Auswirkungen der globalen Erderwärmung. Auch
95 wenn es uns gelingt, die Klimaschutzbemühungen deutlich zu erhöhen, wird es zu
96 einem weiteren Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur kommen. Land, Städte
97 und Gemeinden, aber z.B. auch Wald- und Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen
98 müssen sich noch besser an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise anpassen,
99 die etwa durch Hitze, Dürren, Stürme und Starkregen entstehen. Die im
100 Klimaanpassungsgesetz NRW geforderte Klimaanpassungsstrategie werden wir
101 schnellstmöglich mit klaren, messbaren Zielen und Maßnahmen vorlegen und eine
102 ambitionierte Umsetzung sicherstellen. Um unsere Städte im Sommer zu kühlen,
103 werden wir offene Wasserflächen und mehr Grün in die Städte bringen und auf
104 Plätzen, Dächern und Fassaden und über Frischluftschneisen für Abkühlung sorgen.
105 Bei Starkregen kommt jede Kanalisation an ihre Grenzen, daher ist der Umbau
106 anhand des Leitbilds der „Schwammstadt“ und eine Renaturierung von Flüssen und
107 Bächen so wichtig. So können die Städte mehr Wasser aufnehmen, speichern und im
108 Sommer kühlend wirken. Flächenfraß und Versiegelung werden wir mit intelligenter
109 Stadtplanung Einhalt gebieten. Für diese Aufgaben brauchen die Kommunen mehr
110 Unterstützung von Land und Bund. Wir werden die Landesförderungen beispielsweise
111 für die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten, Renaturierung von Flüssen und
112 Bächen oder bauliche Maßnahmen und klimafreundliche Architektur, wie z.B. die
113 Fassadenbegrünung, ausweiten. Dabei werden wir sowohl Maßnahmen für den urbanen
114 Raum als auch für den ländlichen Raum forcieren. Auch bei der Klimaanpassung
115 gilt: Keine Landesmittel mehr ohne vorherigen Klima-Check. Flächen, die für die
116 Klimaanpassung wichtig sind, wollen wir effektiver vor Bebauung oder anderer
117 Versiegelung schützen.

118 Erneuerbare Energien gemeinsam ausbauen: schnell, 119 naturverträglich, fair

120 Nur mit Strom aus erneuerbaren Quellen bekommen wir die Klimakrise in den Griff.
121 Deswegen stellen wir den Ausbau von Windenergie und Solaranlagen ins Zentrum.
122 Der Großteil der Treibhausgasemissionen stammt aus der Verbrennung von Kohle, Öl
123 und Gas. Da wir darauf nicht mehr angewiesen sein wollen, brauchen wir sehr
124 schnell viel mehr Strom aus Wind und Sonne. Dies gilt auch, wenn konsequent alle
125 Möglichkeiten für mehr Energieeffizienz genutzt werden. Unser Ziel ist, die
126 Stromversorgung von Nordrhein-Westfalen bis 2030 zu 80 Prozent und bis 2035 zu
127 100 Prozent auf Erneuerbare umzustellen. Deswegen werden wir umgehend eine echte
128 Ausbauoffensive für Windenergie und Photovoltaik auf den Weg bringen. Als Teil
129 dessen werden wir pauschale Mindestabstände zu Wohnbebauungen für neue
130 Windenergieanlagen abschaffen und jährliche Mindest-Ausbaupfade für Windkraft
131 und Solar festlegen. Denn von einer sicheren Energieversorgung auf Basis
132 Erneuerbarer Energien hängt nicht nur erfolgreicher Klimaschutz ab, sondern auch

133 die Zukunft unseres Industriestandortes. Um die Versorgungssicherheit auch in
134 einem Energiesystem mit 100 Prozent Erneuerbaren zu garantieren, werden wir die
135 richtigen Anreize für Stromspeicher, Flexibilisierung der Stromnachfrage und
136 Sektorkopplung setzen. Die Ausbauehemmnisse auf Landesebene werden wir
137 beispielsweise durch Änderungen in der Landesplanung, dem Klimaschutzgesetz oder
138 der Landesbauordnung aus dem Weg räumen. Daneben werden wir mit einer stärkeren
139 Bündelung auf Landes- und Regionalplanebene die Planungen für die Erneuerbaren
140 Energien beschleunigen und die überörtliche Steuerung im Sinne des Arten- und
141 Naturschutzes verbessern. Arten- und Naturschutz zu sichern, Fairness und
142 Teilhabe für Bürger*innen auf Augenhöhe sowie eine Beschleunigung und
143 Weiterentwicklung der Planungsverfahren gehören für uns beim Ausbau der
144 Erneuerbaren zusammen.

145 Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen

146 Klimaschutz und Digitalisierung sind eng miteinander verwoben und werden unser
147 Land grundlegend verändern. Digitale Mittel sind ein wichtiger Baustein, um
148 unsere Gesellschaft klimaneutral umbauen zu können. Mit einer intelligenten
149 Steuerung der Übertragungsnetze bleibt das erneuerbare Energiesystem stabil –
150 auch wenn Millionen E-Autos geladen werden und Wärmepumpen unsere Häuser heizen.
151 Insbesondere in der Industrie sind mit stärkerer Digitalisierung noch immer
152 enorme Effizienzgewinne möglich. Gleichzeitig muss die Digitalisierung
153 konsequent an Klimaneutralität und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, damit sie
154 nicht zum Brandbeschleuniger der Klimakrise wird. Auch bei der Digitalisierung
155 setzen wir auf den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft, die die Mengen an giftigem
156 Elektroschrott senkt, wertvolle Rohstoffe wie seltene Erden der Verwertung
157 direkt wieder zuführt und die Abhängigkeit von den globalen Lieferketten
158 abmildert. Wir wollen verhindern, dass Effizienzgewinne durch vermeidbaren
159 Datenverbrauch aufgeessen werden. Mit einer ambitionierten Green-IT-Strategie
160 machen wir daher die öffentliche Verwaltung zum Vorreiter bei der Nutzung von
161 Green IT und klimaneutralen Rechenzentren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
162 der Ausbau des schnellen Internets ab sofort allein mit Glasfaser und 5G
163 erfolgt. Unser Ziel ist, mit einer zukunftsfähigen Infrastruktur
164 Energieeinsparungen gegenüber vergleichbaren Netzen zu erzielen.

165 Den Jobmotor Klimaschutz zum Laufen bringen

166 Der Wandel unserer Gesellschaft in Richtung Klimaneutralität bedeutet ein nie
167 dagewesenes Modernisierungsprogramm. Es sichert bestehende Arbeitsplätze und
168 schafft viele neue. Das Erreichen von Klimaneutralität spielt für unsere
169 Unternehmen und Nordrhein-Westfalen als Standort eine immer größere Rolle im
170 weltweiten Wettbewerb. Im Bereich Erneuerbarer Energien, aber auch in der
171 Bauwirtschaft, der Kreislaufwirtschaft oder der Industrie werden durch die
172 notwendigen Investitionen in Milliardenhöhe hunderttausende neue Arbeitsplätze
173 entstehen. Indem wir Landesfördermittel mit einem Klima-Check klar an einen
174 Nutzen für den Klimaschutz binden, unterstützen wir den Aufbau zukunftsfähiger
175 Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsplätze. Schon jetzt arbeiten fast 500.000
176 Menschen in unserem Land in grünen Jobs. Diese zukunftsfähigen Jobs müssen aber
177 auch nachhaltig im Sinne fairer und sicherer Arbeitsbedingungen sein. Wo das
178 Land Einfluss darauf nehmen kann, z.B. bei der Vergabe von Fördermitteln, werden
179 wir tarifvertraglich gesicherte oder mindestens vergleichbare Bedingungen

180 einfordern. In einzelnen Branchen wie der fossilen Energiewirtschaft werden
181 Arbeitsplätze wegfallen. Uns ist sehr bewusst, dass der Verlust der Arbeit einen
182 enormen Einschnitt in jede einzelne Biografie bedeutet. Wir lassen aber
183 niemanden damit allein, sondern wollen sicherstellen, dass Beschäftigte der
184 fossilen Industrien neuen, attraktiven und qualifizierten Jobs mit ähnlichen
185 Beschäftigungsbedingungen nachgehen können. Zudem werden wir diese Menschen durch
186 Instrumente wie das Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld dabei unterstützen, sich
187 für zukunftsfähige Arbeitsfelder weiterzubilden.

188 **Wir geben NRW neue Energie – grün, sicher und** 189 **dezentral**

190 Kohleausstieg bis 2030 sozialgerecht umsetzen

191 Wir stehen für einen Kohleausstieg, der sich nach den Zielen des Übereinkommens
192 von Paris richtet und unserer globalen Verantwortung gerecht wird. 2030 ist das
193 neue Zieljahr für den Kohleausstieg auf Bundesebene. Wir setzen dieses Ziel mit
194 einer sofortigen neuen Leitentscheidung, die den Rahmen für ein Ende des
195 Braunkohleabbaus bis spätestens 2030 setzt, rechtssicher um. Wir stellen hierbei
196 Menschen, Klima- und Naturschutz ins Zentrum. Damit bleiben nicht nur alle
197 Dörfer im Rheinischen Revier erhalten, sondern wir sorgen auch dafür, dass die
198 geretteten Dörfer neu erblühen und "Zukunftsdörfer" werden können. Mit einem
199 Abriss- und Rodungsmoratorium werden wir eine weitere sinnlose Zerstörung von
200 Infrastruktur und Heimat verhindern.

201 Auch die in der Kohleindustrie Beschäftigten verdienen ehrliche
202 Ausstiegsplanungen im Einklang mit den klimapolitischen Notwendigkeiten. Nur so
203 kann eine verlässliche Planung gewährleistet und können kurzfristige Einschnitte
204 vermieden werden. Wir setzen uns darüberhinaus ein für die besitzseitige
205 Erhaltungs- und Instandhaltungspflicht des Gebäude-Bestandes und der gewachsenen
206 dörflichen Strukturen und eine Nachnutzung für den unter Druck stehenden
207 Wohnungsmarkt. Bereits umgesiedelte Menschen sollen ein Vor- und Rückkaufsrecht
208 erhalten. Bei der Entwicklung der Dörfer zu lebenswerten und zukunftsfesten
209 Dörfern der Zukunft sollen die verbliebenen Anwohner*innen bevorzugt
210 Mitspracherechte erhalten und für die Anpassung an die Klima-Neutralität Mittel
211 vom Land bereitgestellt werden.

212 Wir tragen zur Verbesserung der Lebensqualität in allen Tagebauranddörfern bei.
213 Dazu gehören die Minimierung der Auswirkungen der laufenden Tagebaubetriebe u.a.
214 durch einen Mindestabstand von mindestens 1.000 Metern zwischen Wohngebäuden und
215 dem Tagebau.

216 Um den Kohleausstieg für alle sozial verträglich zu gestalten, setzen wir uns
217 für die Abschaffung von Zwangsumsiedlungen und Enteignungen für Kohle, Sand und
218 Kies ein.

219 Die Planungen zur Nachnutzung der Kraftwerksstandorte müssen bereits jetzt
220 beginnen, auch wenn die Kraftwerke noch in Betrieb sind und das Abschaltdatum
221 noch nicht konkret bekannt ist. Die Kraftwerksstandorte sollten bevorzugt für
222 Zukunfts- oder Übergangstechnologien genutzt werden. Standorte, die dafür nicht
223 benötigt werden, müssen schnellstmöglich für eine andere wirtschaftliche Nutzung
224 bereit gestellt werden.

225

226 Die Industrie in unserem Land ist auf eine gleichbleibend hohe
227 Versorgungssicherheit angewiesen. Deswegen gehört zum Kohleausstieg untrennbar
228 der Ausbau der Erneuerbaren Energien, ganz besonders in NRW. Daneben werden wir
229 uns auch für eine Beschleunigung des Netzausbaus einsetzen, damit der Windstrom
230 aus dem Norden auch zu uns kommt. Neben dem Netzausbau werden Energiespeicher in
231 einem Stromsystem mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien auch einen wichtigen
232 Beitrag leisten.

233 Ein wichtiger Langzeitspeicher für erneuerbaren Strom ist die Umwandlung in
234 grünen Wasserstoff. Damit der Markthochlauf gelingt, werden wir den Aufbau der
235 notwendigen Infrastruktur unterstützen.

236 Wir werden den Strukturwandel in den Kohleregionen beschleunigen und die
237 Prozesse verbessern. Die großen Flächen in RWE-Besitz müssen schnellstmöglich
238 für zukunftsfähige Nutzungen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig werden wir
239 sicherstellen, dass sich RWE auch bei einem vorgezogenen Kohleausstieg nicht aus
240 der Verantwortung für eine ordnungsgemäße Rekultivierung und die Ewigkeitskosten
241 des Braunkohleabbaus stellen kann. Wir wollen alte RWE-Betriebflächen und
242 Flächen, die nicht mehr für die Tagebaue in Anspruch genommen werden, in einen
243 Grundstücksfonds überführen und so eine nachhaltige Entwicklung der Flächen
244 ermöglichen. Die Planungen für die Versorgung der Feuchtgebiete und die
245 Befüllung der Tagebau-Rest-Seen mit Wasser aus dem Rhein müssen umgehend vor dem
246 Hintergrund des Klimawandels überprüft und an einen früheren Ausstieg angepasst
247 werden. Statt unnötige Autobahnen wiederherzustellen, muss RWE das Geld in eine
248 ökologisch hochwertige Renaturierung investieren. Den Hambacher Wald werden wir
249 in öffentlichen Besitz überführen, schützen und in einen Ökosystemverbund
250 einbetten, in dem er seine Funktion als Rückzugsgebiet für seltene Arten wieder
251 übernehmen kann. Für die Wiedervernetzung der alten Waldstrukturen rund um den
252 Hambacher Wald ist der Erhalt von ökologischen Trittsteinen und wertvollen
253 Verbindungsflächen essentiell. Daher setzen wir uns für den Erhalt und die
254 nachhaltige Nachnutzung der alten Trasse der A4 und der sie umgebenden Fläche
255 ein. Wir stellen die Notwendigkeit der RWE-Planung "Manheimer Bucht", ein
256 großräumige Sand- und Kiesabgrabung, in Frage und wollen eine unabhängige
257 Begutachtung der technischen Notwendigkeit. Wir wollen die verbliebende
258 Siedlungsstrukturen und die Manheimer Kirche erhalten, damit identitätsstiftende
259 kulturelle und touristische Strukturwandelpotentialen gehoben werden können.

260 Sonnenenergie von jedem Dach

261 Gerade im dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen bieten die Dachflächen ein
262 enormes Potenzial für die Energiewende. Etwa die Hälfte des heutigen
263 Stromverbrauchs könnte dort erzeugt werden, wenn wir den Turbo für die
264 Solarenergie zünden. Mit Solarenergie kommt die Energiewende in die Dörfer und
265 Städte. Wir wollen, dass Solaranlagen zum Standard auf unseren Gebäuden werden –
266 zunächst bei öffentlichen Gebäuden und im Neubau, perspektivisch auch im Bestand.
267 Dafür brauchen wir faire Rahmenbedingungen auf Bundesebene und deutlich weniger
268 Bürokratie. Dazu gehören auch Erleichterungen beim Denkmalschutz und die
269 Abschaffung von unnötigen Mindestabständen für nicht brennbare Solaranlagen zu
270 Nachbardächern. Um auch Mehrfamilienhäuser endlich flächendeckend für die
271 Solarenergie zu nutzen, werden wir Mieterstromprojekte besonders unterstützen.
272 Wir werden die öffentlichen Gebäude von Land und Kommunen zu Klima-Vorbildern
273 machen und so schnell wie möglich alle geeigneten Dachflächen für Solaranlagen

274 nutzen. Auch auf Gewerbegebäuden und Neubauten werden Solaranlagen mit uns
275 schnell zum Standard. Perspektivisch muss jedes geeignete Dach eine Solaranlage
276 zieren. Pachtmodelle und Energiegenossenschaften können hier unterstützend
277 wirken, denn nicht jede*r möchte oder kann selbst in eine Anlage investieren.

278 Solarparks säumen unser Autobahnnetz

279 Auch wenn wir auf jedem Dach Strom erzeugen: Wir brauchen auch den Strom und
280 zunehmend auch die Wärme aus Freiflächensolaranlagen, um auf Kohle, Öl und
281 Erdgas verzichten zu können. Auch hier nutzen wir die Standortvorteile von NRW
282 und werden vor allem entlang des dichten Netzes der Autobahnen und Bahntrassen
283 Flächen freigeben, genauso wie bereits versiegelte Flächen wie Parkplätze,
284 Halden und Deponien. So vermeiden wir Flächenkonkurrenzen mit Landwirtschaft und
285 Naturschutz. Das gilt noch mehr für Agri-Photovoltaikanlagen, bei denen die
286 Stromproduktion mit Landwirtschaft oder Gartenbau auf der gleichen Fläche
287 kombiniert wird. Die ersten Projekte werden wir wissenschaftlich begleiten, um
288 Vor- und Nachteile, Potenziale und Hemmnisse ermitteln zu können. Wir wollen mit
289 einem Solarenergie-Erlass unsere Vorstellungen für Kommunen und Planer*innen
290 erläutern und mit klaren Vorgaben sicherstellen, dass die Anlagen Vorteile für
291 Artenschutz und Biodiversität bringen. Wie bei der Windenergie wollen wir die
292 Menschen und die Standort-Kommunen im Umfeld der Projekte frühzeitig einbeziehen
293 und fair beteiligen.

294 Wieder Rückenwind für die Windenergie

295 Nach Jahren der Verunsicherung und des Gegenwinds geben wir der wichtigsten
296 Erneuerbaren Energie wieder Rückenwind. Denn die Windenergie ist zusammen mit
297 der Photovoltaik das Fundament für Energiewende und Klimaschutz. Wir werden die
298 Grundlagen dafür legen, dass jedes Jahr mindestens 200 neue Anlagen, zukünftig
299 auch als Ersatz für alte Anlagen (Repowering), gebaut werden können. Damit das
300 gelingt, müssen, entsprechend dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene, zwei
301 Prozent der Landesfläche für die Windenergie gesichert werden. Feste
302 Mindestabstände zur Wohnbebauung passen damit nicht zusammen. Wir werden sie
303 daher wieder abschaffen. Außerhalb besonders schutzwürdiger Wälder werden wir
304 die Windenergie wieder einfacher zulassen. Auch werden wir den Bau von
305 Windenergieanlagen in Industrie- und Gewerbegebieten erleichtern und, wo
306 möglich, Flächen entlang von Autobahnen für Windanlagen nutzen. Außerdem werden
307 wir Änderungen auf Bundesebene erwirken, damit ausreichend Flächen für neue
308 Anlagen bereitstehen. Genauso müssen die Abgaben und Umlagen auf Strom und Wärme
309 geändert werden. Wenn mehr als genug Wind weht und die Sonne scheint, muss es
310 sich lohnen den Strom zu speichern, statt die Anlagen runterzufahren. Dafür ist
311 es wichtig, Abgaben und Umlagen auch in Bezug auf Speicher zu überarbeiten.

312 Wir werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren durch operative
313 Verbesserungen, einheitliche Bewertungsmaßstäbe und klare Fristen beschleunigen.
314 Wir werden den Artenschutz auch bei dem notwendigen schnelleren Ausbau weiter
315 stärken, indem Schwerpunktorkommen (so genannte Dichtezentren) windenergie-
316 sensibler Arten freigehalten werden. Im Gegenzug werden Anlagen in anderen
317 Bereichen einfacher realisiert werden können. Mit einem umfangreichen
318 Schutzprogramm helfen wir Vögeln und Fledermäusen. Repowering wollen wir
319 erleichtern, so dass alte Windenergieanlagen dort, wo es keine

320 Artenschutzbedenken gibt, zügig durch leistungsstärkere in der Nähe ersetzt
321 werden können. Denn diese Standorte sind etabliert und in der Regel breit
322 akzeptiert.

323 Power to the People: Bürger*innen an der Energiewende 324 beteiligen

325 Die Energiewende wurde viele Jahre lang maßgeblich von Bürger*innen
326 vorangetrieben. Mit uns Grünen bekommt die Demokratisierung der
327 Energieversorgung neuen Schwung. So profitieren möglichst viele Menschen von
328 günstiger Energie. Bürgerenergie-Projekte, z.B. von gemeinwohlorientierten
329 Bürgerenergiegenossenschaften, bei Wind- und Solarparks unterstützen wir bei der
330 Projektentwicklung mit einem neuen Bürgerenergiefonds. Wir setzen das
331 Landesförderprogramm für Mieterstrom neu auf. In der Bundespolitik machen wir
332 uns für attraktiven Mieterstrom stark. Denn gerade in unserem Bundesland mit
333 vielen Mehrfamilienhäusern können Mieter*innen noch viel stärker am Ausbau der
334 Erneuerbaren profitieren.

335 Tempo machen bei Heizungstausch und Gebäudesanierung

336 Es ist das heiße Eisen beim Klimaschutz: In zwanzig Jahren Millionen Gebäude –
337 vom Einfamilienhaus auf dem Land bis zum Büroturm in der Innenstadt –
338 klimaneutral und energieeffizient zu heizen. An der Technik scheitert es nicht.
339 Mit Wärmepumpen, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder Fernwärme ist es
340 möglich. Doch das Tempo, in dem jetzt gerade alte Heizungen ausgetauscht und
341 Häuser gedämmt werden, reicht nicht aus. Wir verdreifachen die Sanierungsrate.
342 Damit Land und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen, werden wir auf Grundlage
343 eines Konzeptes bis 2030 alle Landesliegenschaften energetisch sanieren und
344 installieren Solaranlagen auf allen dafür geeigneten Dächern. Wir
345 setzen auf ambitionierte Standards für öffentliche Neubauten. Nur so ist das
346 gesetzliche Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung 2030 noch zu schaffen.
347 Wir stärken das Handwerk, damit der Fachkräftemangel nicht zum Nadelöhr der
348 Wärmewende wird.

349 Wir helfen den Kommunen bei der Erstellung kommunaler Wärmeplanungen. Dadurch
350 wird klar, wo Nah- und Fernwärmenetze ausgebaut werden können und wo auch in
351 Zukunft jedes Gebäude einzeln beheizt werden muss. Wir vereinfachen die
352 Förderprogramme des Landes, machen sie attraktiver und richten sie auf solche
353 Maßnahmen aus, die mit dem Ziel der Klimaneutralität in Einklang stehen. Die auf
354 Bundesebene durch die Ampelkoalition vorgesehenen Erhöhungen der
355 Energieeffizienzstandards, auch für den Bestand, sind eine wichtige
356 Voraussetzung. Beim Heizungstausch geben wir auch im Bestand eine Mindestquote
357 für Erneuerbare Energien vor.

358 Wir stocken die Angebote zur Energieberatung der Verbraucherzentrale auf und
359 machen sie kostenfrei. Darüber hinaus unterstützen wir die Kreise und
360 kreisfreien Städte dabei, Sanierungsmanager*innen einzustellen und
361 Energiekompetenzzentren aufzubauen. Dort sollen die Bürger*innen sich zu
362 Energiewende und Klimaschutz beraten lassen können, Vorträge und Schulungen
363 stattfinden und Technik unmittelbar erlebbar werden. Denn gerade im
364 Gebäudebereich gibt es große Energieverluste beim Heizen.

365 Fair geht mehr bei der Wärmewende

366 Ein warmes Zuhause geht auch ohne CO₂-Emissionen und hohe Heizkostenrechnung.
367 Die technischen Lösungen dafür sind längst da. Wir wollen, dass es bei der
368 Wärmewende fair zugeht. Die kontinuierlich steigende CO₂-Steuer sorgt für
369 ehrlichere Preise. Von dem im Koalitionsvertrag auf Bundesebene gefundenen
370 Kompromiss, die EEG-Umlage ab 2023 vollständig abzuschaffen und dem Bekenntnis
371 besonders Menschen mit geringeren Einkommen darüber hinaus bei den
372 Energiepreisen zu entlasten, werden viele Menschen profitieren. Wir setzen uns
373 weiterhin dafür ein, dass alle Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung den Menschen
374 möglichst direkt und im Sinne des Klimaschutzes zugutekommen. Werden
375 Mehrfamilienhäuser energetisch saniert, geht dies noch zu oft zu Lasten der
376 Mieter*innen, da die Aufschläge auf die Miete häufig höher sind als die
377 Einsparungen der Energiekosten. Auf Bundesebene wollen wir deshalb die Kosten
378 fair zwischen den Vermietenden, den Mietenden und dem Staat aufteilen. Auf
379 Landesebene wollen wir in den Förderprogrammen des Landes eine Sozialkomponente
380 mit höheren Förderquoten für Haushalte mit niedrigem Einkommen einführen. Viele
381 Menschen können sich eine aufwendige energetische Sanierung ihres Hauses mit den
382 aktuellen Förderungen nicht leisten. Diese müssen auch mithilfe von
383 Landesmitteln weiter verbessert werden. Zudem müssen die Prozesse bei der
384 Nutzung der Landesförderprogramme vereinfacht und weiter digitalisiert werden.

385 Erdgas nur wohldosiert für den Übergang nutzen

386 Erdgas als Brückentechnologie in der Energiewende werden wir auf das zur
387 Versorgungssicherheit notwendige Maß minimieren. Die dafür gebauten
388 Gaskraftwerke müssen so gebaut werden, dass sie auf klimaneutrale Gase
389 umgestellt werden können. Zudem binden uns neue Kraftwerke und Pipelines wegen
390 der hohen Baukosten für mehrere Jahrzehnte daran. Daher werden wir dafür sorgen,
391 dass neue Gaskraftwerke nur dort gebaut werden, wo sie wirklich für den Übergang
392 gebraucht werden und mit den Klimazielen vereinbar sind. Das wird vor allem als
393 Ersatz für Kohlekraftwerke in Fernwärmenetzen sein, wo Erneuerbare und
394 Abwärmequellen auf Basis von kommunalen Wärmeplanungen noch nicht ausreichend
395 verfügbar sind. Grundvoraussetzung ist, dass sie in Zukunft auch mit Wasserstoff
396 oder anderen klimaneutralen Gasen betrieben werden können und die Einbindung
397 erneuerbarer Wärme nicht behindern. Neue Pipelines werden wir nur genehmigen,
398 wenn sie auch erneuerbare Gase wie grünen Wasserstoff transportieren können.

399 Biogas als klimaneutrale Alternative zu Erdgas werden wir nachhaltiger machen.
400 Dazu unterstützen wir die Betreiber dabei, auf Gülle und andere Reststoffe
401 umzustellen. Diese Umstellung soll möglichst bis 2035 abgeschlossen sein. Die
402 bisher für den Anbau von Energiepflanzen genutzten landwirtschaftliche Flächen
403 können für die Produktion von gesunden und regionalen Nahrungsmitteln sowie in
404 partnerschaftlicher Abstimmung mit den Landwirten, für die Aufforstung von Wald,
405 die Vernässung ehemaliger Moore oder den Anbau biogener Rohstoffe für das
406 Baugewerbe und die Industrie genutzt werden.

407 Eine weitere Alternative zu Erdgas ist die Geothermie. Wir werden Wärmepumpen
408 weiter fördern, die Wärme schon aus wenigen Metern Tiefe für die Beheizung von
409 Gebäuden nutzen. Um aus Erdwärme Strom zu produzieren, muss man in Nordrhein-
410 Westfalen mehr als tausend Meter tiefbohren. Wir werden die ersten

411 Forschungsprojekte dazu unterstützen und dabei sicherstellen, dass keine
412 Fracking-Verfahren oder andere wassergefährdende Technologien eingesetzt werden.

413 **Atomausstieg vollenden – Urananreicherungsanlage Gronau** 414 **schließen**

415 Auch wenn in Nordrhein-Westfalen seit 20 Jahren kein Atomkraftwerk mehr am Netz
416 ist: Der Atomausstieg ist hier noch lange nicht vollendet. Unser Ziel ist es,
417 die Urananreicherungsanlage in Gronau schnellstmöglich zu schließen. Auf
418 Bundesebene setzen wir uns zudem dafür ein, dass das Exportverbot im Atomgesetz
419 auch für die Reststoffe aus der Urananreicherung in Gronau gilt.

420 Bei der deutschlandweiten Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven
421 Abfall bekennen wir uns zum verabredeten Verfahren der Standortsuche. Für die
422 Zwischenlagerung, wie z.B. in Ahaus, braucht es ein unter Beteiligung aller
423 Betroffenen erarbeitetes Gesamtkonzept für ganz Deutschland mit einheitlichen
424 Sicherheitsanforderungen. Wir ergreifen die Initiative für ein Abschalten
425 grenznaher Atomkraftwerke in unseren Nachbarländern und schöpfen alle
426 Einspruchsmöglichkeiten aus. Die Standortentscheidung für das geplante
427 Logistikzentrum für Atom Müll in Würgassen erscheint nicht erst nach der
428 Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 fragwürdig. Wir werden die Notwendigkeit und
429 die Standortauswahl kritisch prüfen. Der Schutz der Bevölkerung muss oberste
430 Priorität haben.

431 **Wir sorgen für saubere und bezahlbare Mobilität** 432 **– Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert**

433 **Garantiert mobil in ganz NRW – mit einem Ticket fürs ganze** 434 **Land**

435 Bisher werden in Nordrhein-Westfalen lediglich 8,5 Prozent der Wege mit Bus und
436 Bahn zurückgelegt. Dies reicht nicht aus, um das Klimaziel im Sektor Mobilität
437 zu erreichen. Wir machen umweltfreundliche Mobilität für alle attraktiv,
438 barrierefrei und bezahlbar. Wir streben eine Mobilitätsgarantie an, mit der alle
439 Menschen im Land von 5:30 Uhr bis 22:30 Uhr mindestens im Stundentakt mit einer
440 verlässlichen Verbindung vorankommen – in Großstädten und ihrem direkten
441 Einzugsbereich mindestens halbstündlich von 4.30 bis 23.30. Auch für Orte ab 200
442 Einwohner*innen werden wir ein erweitertes Angebot schaffen, um den Umstieg
443 attraktiver zu machen. Die Angebote werden vertaktet, auf andere Busse und die
444 Bahn abgestimmt, so dass der Umstieg überall attraktiv wird. Flexible
445 Bedienkonzepte via App und traditionelle Ruf- oder überörtliche Bürgerbusse sind
446 gute begleitende Angebote dort, wo ein gut getakteter Busverkehr im Regelbetrieb
447 kaum genutzt wird. Wir beenden das Tarifchaos und führen so schnell wie möglich
448 schrittweise ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein,
449 so ausgestattet, dass es auch für die Menschen auf dem Land fair und für alle
450 bezahlbar ist. Unsere Ziel ist ein gutes und bezahlbares ÖPNV-Angebot in NRW,
451 das für alle - auf dem Land und in der Stadt - unabhängig vom Einkommen nutzbar
452 und attraktiv ist. Den Anfang macht das durch das Land getragene kostenlose
453 Ticket für Schüler*innen und junge Menschen bis 18 Jahre. Auch für Menschen, die
454 einen Freiwilligendienst leisten, bieten wir ein attraktives Mobilitätsangebot,

455 vergleichbar mit dem Studierendenticket. Perspektivisch soll dieses kostenlos
456 angeboten werden. Menschen mit keinem oder nur geringem Einkommen, z.B.
457 Sozialleistungsbeziehende, soll der ÖPNV bezahlbar sein. Auch für ältere Menschen
458 finden wir attraktive Angebote, um für sie die Nutzung des ÖPNVs noch
459 attraktiver zu machen. Wir senken den Preis für das landesweite Azubiticket und
460 bauen soziale Angebote aus. Städte und Kreise, die schneller vorangehen wollen,
461 unterstützen wir aktiv in ihren Modellprojekten. Auch bei der Preisentwicklung
462 des Semestertickets wollen wir sicherstellen, dass es für Studierende gut
463 bezahlbar wird. Das Jobticket machen wir schrittweise zur Pflicht für
464 öffentliche Arbeitgeber*innen. Die Landesbehörden sollen hier mit gutem Beispiel
465 vorangehen.

466 Wir bauen das Verkehrsnetz für das 21. Jahrhundert

467 Unsere Verkehrswege stammen im Wesentlichen aus vergangenen Jahrhunderten. Sie
468 dienen zu großen Teilen dem motorisierten Verkehr und überlassen andere
469 Verkehrsteilnehmer*innen oftmals sich selbst. Dem Umweltverbund muss endlich
470 Vorrang gegeben werden. Grüne Verkehrspolitik stellt demgegenüber Klimaschutz
471 und Lebensqualität endlich in den Mittelpunkt. Wir werden Bahnstrecken
472 reaktivieren oder ausbauen und Lücken oder Nadelöhre beseitigen, auch
473 grenzüberschreitend. Dazu gehört für uns Grüne auch, gemeinsam mit dem Bund das
474 S-Bahn-Netz an Rhein und Ruhr über den RRX hinaus deutlich zu erweitern.
475 Stilllegungen und Entwidmungen von Bahnstrecken soll es nicht mehr geben. Damit
476 das klappt, verdoppeln wir die pro-Kopf-Investitionen in Bus, Bahn, Schiene und
477 Stationen. Städte und Kreise verpflichten und unterstützen wir dabei, selbst
478 verkehrsträgerübergreifend in moderne Verkehrswege zu investieren. Die drei
479 Zweckverbände NWL, NVR und VRR stehen für einen Großteil der anstehenden
480 Aufgaben bereit und sind gut darauf vorbereitet. Wir wollen sie bei ihrer
481 Entwicklung vom Verkehrsverbund zum Mobilitätsverbund unterstützen. Gemeinsam
482 mit den Zweckverbänden wollen wir eine landesweite Verkehrsgesellschaft
483 schaffen, die in der Lage ist, Verkehrsleistungen zu erbringen, um die
484 Abhängigkeit von Eisenbahnverkehrsunternehmen zu verringern. Und wir werden
485 prüfen, ob mit einer neuen Landesinfrastrukturgesellschaft neue Infrastruktur
486 geplant und unterhalten werden kann. Für uns Grüne hat dabei der effektive
487 Schutz vor Lärm und Schadstoffen Priorität. Darum wollen wir die
488 Elektrifizierung heutiger Dieselstrecken bis spätestens 2030 abschließen.
489 Straßenbauprojekte werden wir auf den Prüfstand stellen: Der Neubau von
490 Landstraßen soll zurückgefahren werden und nur noch in Ausnahmen erfolgen -
491 dafür sorgen wir mit einem neuen Landesstraßen-Bedarfsplan. Auch Fördermittel
492 für Kommunen sollen nur noch mit Ausnahmen für Straßenneubau verwendet werden.
493 Wir unterstützen die Einrichtung von Shared-Space-Bereichen und ermöglichen
494 autofreie Innenstädte. Bei der Überprüfung der Projekte auf Bundesebene werden
495 wir uns dafür einsetzen, den Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen in
496 NRW auch von bereits vorgeplanten Projekten stark zu reduzieren (das betrifft
497 auch Flussquerungen). Geld wollen wir zugunsten der Sanierung maroder Straßen
498 und des Ausbaus von Schienen-, Rad- und Fußwegen umschichten.

499 Mit dem Bus direkt und abgasfrei ans Ziel

500 Um die Verkehrswende in Stadt und Land schnell voranzubringen, werden wir in ein
501 leistungsstarkes und emissionsfreies Busangebot im ganzen Land investieren. Bis

502 2025 werden wir flächendeckend regionale Schnellbuslinien schaffen und so für
503 alltagstaugliche, verlässliche Verbindungen zu allen Städten und Gemeinden und –
504 wo entsprechende Angebote fehlen – auch zwischen den verschiedenen
505 Ballungsräumen sorgen. Um auch zu Stoßzeiten schnelle Verbindungen zu
506 gewährleisten, werden wollen wir dem Vorbild anderer Länder folgen und wo
507 möglich Autobahnstandstreifen für Linienbusse öffnen. Kommunen sollen außerdem
508 bei der Einrichtung von Busspuren und Vorrangschaltungen stärker unterstützt
509 werden. Die Beschaffung von emissionsfreien Bussen werden wir durch attraktive
510 Förderbedingungen für die Kommunen und Verkehrsbetriebe vorantreiben, bei der
511 Neuaufstellung oder Fortschreibung örtlicher Nahverkehrspläne wird die
512 Festschreibung klimafreundlicher Antriebe in Zukunft zur Pflicht.

513 Sicher, schnell und barrierefrei mit dem Fahrrad durch NRW 514 und darüberhinaus

515 Seit einigen Jahren erfreut sich das Radfahren stark steigender Beliebtheit.
516 Bereits rund acht Prozent der Wege werden mit dem Rad zurückgelegt. Bewegungen
517 wie die Volksinitiative Aufbruch FahrradNRW fordern, das Fahrrad endlich als
518 vollwertiges Verkehrsmittel anzuerkennen und den Radverkehr entsprechend zu
519 fördern. Für uns Grüne ist der Radverkehr ein zentraler Baustein zur Erreichung
520 unserer Klimaschutzziele. Mit einem verbesserten Radverkehrsgesetz werden wir
521 Grüne die Grundlagen dafür schaffen, dass der Anteil des Radverkehrs bis 2035
522 auf mindestens 25 Prozent wächst. Unsere Investitionsoffensive werden wir dazu
523 nutzen, ein landesweites Radwegenetz aus Radschnellwegen und Radvorrangrouten zu
524 entwickeln und unsere Kommunen finanziell bei der Planung und Umsetzung eigener
525 Radverkehrskonzepte sowie bei der Sanierung bestehender Strecken zu
526 unterstützen. Speziell für unsere Städte - wie auch darüber hinaus - achten wir
527 dabei auf Radwege mit ausreichender Breite, um die Voraussetzung für eine
528 emissionsfreie Logistik für die erste und letzte Meile zu ermöglichen. Wir bauen
529 Jobrad-Modelle im öffentlichen Dienst konsequent aus und sorgen dafür, dass
530 Fahrräder nach Möglichkeit auch in Bussen und Bahnen bequem und gratis
531 mitgenommen werden können. Die Anschaffung von Lastenrädern für den gewerblichen
532 und privaten Gebrauch werden wir weiterhin unterstützen. Straßenbau- und -
533 sanierungsmaßnahmen ohne Zusatznutzen für einen sicheren und besseren Radverkehr
534 wird es mit den Grünen in Nordrhein-Westfalen nicht mehr geben.

535 Fußverkehr stärken und mitdenken

536 Fußverkehr ist ein wichtiger Bestandteil unserer Mobilität. Deshalb unterstützen
537 wir die Kommunen dabei mit der Planung und Umsetzung einer Fußverkehrsstrategie,
538 Barrierefreiheit, Verkehrssicherheit und mehr Aufenthaltsqualität für
539 Fußgänger*innen vor Ort zu schaffen. Dazu gehören eine komfortable, umwege- und
540 barrierefreie Wegführung auf Straßen, Wegen und Plätzen und die Möglichkeit,
541 Straßen sicher zu überqueren. Ampelschaltungen müssen dafür auch für
542 Fußgänger*innen attraktiv gestaltet sein. Um mobilitätseingeschränkte Menschen
543 zu unterstützen, sind z.B. abgesenkte Bordsteine und taktile Leitelemente
544 erforderlich.

545 Autos der Zukunft: Individuell. Elektrisch. Mobil.

546 Stau, Lärm, Abgase, andauernde Parkplatzsuche und steigende Kosten – Autofahren
547 ist gerade in unseren Großstädten für immer mehr Menschen nicht mehr die erste
548 Wahl. Andererseits sind gerade Familien im ländlichen Raum, aber auch
549 Unternehmen und andere Einrichtungen nach wie vor auf den eigenen Wagen
550 angewiesen. Wir setzen deshalb auf die Chancen des Elektroantriebs - in
551 Verbindung mit unseren ehrgeizigen Ausbauzielen für die erneuerbaren Energien.
552 In den kommenden fünf Jahren schaffen wir flächendeckende Lademöglichkeiten im
553 privaten und öffentlichen Raum. Dazu werden wir die Parkraumverordnung anpassen
554 und öffentliche wie private Ladepunkte, wo möglich in Verbindung mit Solar- und
555 Speichertechnik weiter fördern, und uns dafür einsetzen, dass Lade- und
556 Bezahlstandards möglichst schnell vereinheitlicht werden. Unternehmen, die ihren
557 Mitarbeitenden, Kund*innen oder der Nachbarschaft auf ihren Parkplätzen
558 Lademöglichkeiten zur Verfügung stellen, werden wir dafür bei Steuern und
559 Abgaben entlasten. Wir wollen bei den Stellplatzregelungen noch stärker auf eine
560 Mobilitätswende setzen, indem wir wo möglich auf Pkw-Stellplätze verzichten und
561 anspruchsvolle Regelungen für mehr und gute Fahrradstellplätze schaffen. Für uns
562 Grüne ist es selbstverständlich, dass die öffentliche Verwaltung beim Umstieg
563 auf den E-Antrieb vorangeht. Bis spätestens 2030 wollen wir öffentliche
564 Fahrzeugflotten daher auf regenerative Antriebe umstellen.

565 Mehr Mobilität für alle durch intelligent vernetzte Angebote

566 Warum sollen wir uns auf nur ein Fortbewegungsmittel festlegen, wenn wir alle
567 nutzen können? In Zukunft steht uns alles zur Verfügung, was uns bewegt. Wir
568 sorgen für echte Wahlfreiheit durch die intelligente Vernetzung aller
569 Verkehrsmittel. Dazu bauen wir die sogenannten Sharing-Angebote für Autos, Fahr-
570 und Lastenräder, Seniorenscooter, und andere Leihfahrzeuge aus. Bahnhöfe und
571 Busplätze bauen wir zu Mobilitätsstationen um, die den Wechsel vom Auto oder dem
572 Fahrrad in den Zug oder Bus erleichtern. Busse, Bahnen und Haltestellen werden
573 endlich flächendeckend barrierefrei. Wir nutzen die Möglichkeiten der
574 Digitalisierung, um Angebote wie den Bus auf Bestellung oder Mitfahrdienste zu
575 stärken. Wir schaffen in den nächsten fünf Jahren eine gemeinsame
576 Buchungsplattform für alle Mobilitätsformen. Um eine echte Vernetzung aller
577 Angebote zu erreichen, werden wir private Anbieter verpflichten, Schnittstellen
578 zu Mobilitätsplattformen der öffentlichen Hand bereitzustellen. Private
579 Haushalte werden wir beim Umstieg unterstützen, indem wir – analog zur
580 Kaufprämie für E-Autos – eine finanzielle Förderung für den Umstieg auf den
581 öffentlichen Nahverkehr oder das Fahrrad einführen. Dabei berücksichtigen wir
582 die besonderen Bedarfe von Menschen mit Behinderung.

583 Mehr Sicherheit im Straßenverkehr

584 Mit zunehmender Geschwindigkeit erhöht sich nicht nur der Energieverbrauch
585 unserer Autos, auch die Unfallgefahr steigt. Wir Grüne werden darum – mit oder
586 ohne den Bund – für mehr Sicherheit auf nordrhein-westfälischen Straßen sorgen.
587 Wir setzen uns weiter dafür ein, dass auf Autobahnen und außerorts die
588 Höchstgeschwindigkeiten herabgesetzt werden. Wir wollen, dass Städte und
589 Gemeinden das grüne Modell eines Regeltempos von 30 km/h innerhalb geschlossener
590 Ortschaften umsetzen können. Kommunen können dann selbstständig entscheiden, wo

591 im begründeten Ausnahmefall weiter Tempo 50 gelten soll. Das sorgt nicht nur für
592 mehr Sicherheit im Autoverkehr. Von grüner Verkehrspolitik profitieren endlich
593 auch Kinder, Menschen mit Behinderung, Fußgänger*innen und Radfahrende. Ihre
594 Sicherheit muss zukünftig oberste Priorität in der Verkehrspolitik unserer
595 Städte und Gemeinden haben. Dazu verpflichten wir unsere Kommunen zur
596 Aufstellung von Fuß- und Radverkehrskonzepten und fördern deren Umsetzung.

597 Flugverkehr klimaneutral ausrichten, Anwohner*innen schützen

598 Unsere globalisierte Welt ist ohne das Flugzeug nicht denkbar. Zugleich ist es
599 heute wegen seines hohen Energieverbrauchs das klimaschädlichste Verkehrsmittel.
600 Nach der Pandemie wollen wir kein Zurück zum unbegrenzten Wachstum des
601 Luftverkehrs, sondern diesen am Ziel der Klimaneutralität ausrichten. Hinzu
602 kommen die starken Belastungen für Anwohner*innen durch Fluglärm, Abgase und den
603 An- und Abreiseverkehr. Wir Grüne nehmen diese großen Herausforderungen an und
604 machen den Flugverkehr mit einem nachhaltigen Flugverkehrskonzept zukunftsfest.
605 Um Kerosin durch klimaneutrale Treibstoffe zu ersetzen, wollen wir die Flughäfen
606 Düsseldorf und Köln-Bonn zu Vorreitern bei der Beimischung von klimaneutralen
607 Treibstoffen machen. Um die Menschen besser vor Lärm zu schützen, werden wir
608 Nachtflüge reduzieren und die Ausweitung sowie die Einhaltung von
609 Nachtflugverboten fortlaufend überprüfen. Insbesondere am Flughafen Köln-Bonn
610 setzen wir uns für ein
611 konsequentes Nachtflugverbot ein. An keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer
612 Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und klimapolitisch vertretbar. Weder von
613 Seite des Landes noch der Kommunen soll es zukünftig öffentliche Zuschüsse für
614 Flughäfen geben. Inlands- und Kurzstreckenflüge machen wir durch attraktive
615 Alternativen mit Bus und Bahn so schnell wie möglich überflüssig.

616 Für einen klima- und umweltfreundlichen Güterverkehr

617 Rund 3,7 Milliarden Tonnen Güter wurden 2020 durch Deutschland bewegt. Davon
618 wurden 3,2 Milliarden Tonnen auf der Straße transportiert, lediglich 500
619 Millionen Tonnen per Zug oder Binnenschiff. Wir Grüne wollen, dass sich endlich
620 mehr auf Wasser und Schiene bewegt. Wir bekennen uns zum Ziel der Europäischen
621 Union, 75 Prozent des Güterverkehrs, der aktuell auf der Straße stattfindet, auf
622 die Bahn oder das Schiff zu verlagern. Verbleibenden LKW-Verkehr machen wir bis
623 2035 emissionsfrei. Unser Bahnausbau-Programm nutzen wir, um wieder mehr
624 Industrie und Gewerbe ans Bahnnetz anzuschließen und den Ausbau der
625 Schienenstrecken zu den unterschiedlichen Seehäfen endlich unter hohen
626 Lärmschutzstandards umzusetzen. Damit sich Multimodalität im Güterverkehr
627 rechnet, befreien wir kombinierte Verkehre rund 50km um Häfen und Güterbahnhöfe
628 von der Maut und setzen uns für vereinfachte und konsequente
629 Genehmigungsverfahren für den Großraum- und Schwerlasttransport auf
630 Wasserstraßen ein. In enger Abstimmung mit Umweltverbänden, Kommunen und der
631 Wirtschaft werden wir einen neuen Landeswasserstraßenplan zur Ertüchtigung
632 unserer Schifffahrtswege und Binnenhäfen erarbeiten. Unser Ziel ist eine
633 zukunftsfähige und klimaneutrale Schifffahrt. Neben Investitionen in Forschung
634 und Entwicklung klimaneutraler Antriebe, bedarf es auch die Anregung einer
635 klimatauglichen, angemessenen Besteuerung von Schiffsdiesel auf Bundesebene. Im
636 Wissen um die zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels investieren wir in

637 Förderprogramme (z.B. für Niedrigwasserschiffe), die den Schiffsgüterverkehr in
638 NRW fit für die Zukunft machen.

639 Oberleitungen, Wasserstoff, und Batterien: Für jeden Laster 640 der passende Antrieb

641 Im Güterverkehr, aber auch auf Baustellen, bei der Müllabfuhr oder der Feuerwehr
642 wird großes bewegt. Wir machen auch den Schwerlastverkehr nachhaltig, indem wir
643 alle Technologien und Antriebe fördern, die dazu geeignet sind. Batterie-LKW's
644 gibt es schon auf nordrhein-westfälischen Straßen und als Modellprojekte fahren
645 die erste Busse und LKW bereits mit Wasserstoff. In Schleswig-Holstein wurden
646 erfolgreich Oberleitungs-LKW getestet, auch Baden-Württemberg macht sich auf den
647 Weg. In Zukunft brauchen wir all diese Antriebe, um auch in NRW für jedes
648 Nutzfahrzeug die beste Lösung zu finden. Als Brückentechnologie werden für eine
649 begrenzte Zeit weiterhin auch Gas-LKW und Biotreibstoffe benötigt. Neben dem
650 Ausbau der grünen Wasserstoffwirtschaft werden wir auch den Ausbau der
651 Infrastruktur für elektrische Antriebe angehen. Unser Ziel ist es, dass
652 Lastwagen unser Land bis 2035 emissionsfrei durchqueren können.

653 **Wir schützen Natur und Umwelt**

654 Artensterben stoppen – Volksinitiative Artenvielfalt 655 umsetzen

656 Der Verlust an Tier- und Pflanzenarten spitzt sich jedes weitere Jahr zu. Die
657 Hälfte aller Arten ist mittlerweile vom Aussterben bedroht. Wer durch die Natur
658 streift, spürt es: Mit den Pflanzen und Tieren gehen über Jahrtausende
659 gewachsene wertvolle Lebensräume unwiederbringlich verloren. Dieser Verlust
660 gefährdet unsere Lebensgrundlagen. Darin gleichen sich Klimakrise und
661 Artensterben und verstärken sich gegenseitig.
662 115.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen haben mit ihrer Unterschrift für die
663 „Volksinitiative Artenvielfalt“ ein deutliches Zeichen für den Artenschutz
664 gesetzt. Das ist gerade auch ein großer Erfolg für alle Aktiven, die sich oft
665 ehrenamtlich seit Jahren im Natur- und Umweltschutz einsetzen. Wir setzen ihre
666 Forderungen um, stoppen den Flächenfraß, renaturieren Gewässer und ihre Auen und
667 unterstützen eine artenfreundliche Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur
668 wirtschaftet. Dazu aktualisieren wir die „Biodiversitätsstrategie NRW“ mit den
669 neuesten Daten und mit ambitionierten Zielen. Mit einem „Landesprogramm
670 Biologische Vielfalt“ bringen wir die Landespolitik beim Schutz der biologischen
671 Vielfalt endlich vom Reden ins Handeln. Für eine verlässliche und zielgerichtete
672 Umsetzung sind die 40 Biologischen Stationen im Land bestens geeignet. Wir
673 wollen sie besser ausstatten und vernetzen, sowohl untereinander als auch mit
674 dem Zentrum für Biodiversitätsmonitoring in Bonn. Zugleich wollen wir die
675 Naturschutzverbände als wichtige zivilgesellschaftliche Gruppe stärken und sie
676 als Handelnde im Naturschutz deutlich besser unterstützen. Für
677 Wiederansiedlungsprojekte und Erhaltungszuchten wollen wir mit den
678 wissenschaftlich geführten zoologischen Gärten zusammenarbeiten.

679 Wir verhindern die Versiegelung von immer größeren Flächen zu Lasten der Natur
680 und der Landwirtschaft. Zu diesem Zweck verankern wir im Landesentwicklungsplan

681 wieder die Zielsetzung, den Flächenverbrauch von aktuell über acht Hektar pro
682 Tag in einem ersten Schritt auf fünf Hektar pro Tag zu begrenzen, bis 2035 auf
683 netto null abzusenken und danach langfristig auf eine Netto-Entsiegelung von
684 Flächen hinarbeiten. Dafür erarbeiten wir eine wirksame Strategie mit operativen
685 Zielen und einer Flächenversiegelungsabgabe sowie weiteren konkreten Maßnahmen.
686 Mit Hilfe eines Brachflächenfonds und einer verbesserten Finanzausstattung des
687 Flächenrecyclings starten wir eine Entsiegelungsoffensive und machen so
688 vorhandene Flächen wieder nutzbar, statt neue Grünflächen zu versiegeln. Wir
689 führen ein neues Flächenausgleichsmodell ein, in dem die ökologische Qualität
690 der Kompensationsfläche einen höheren Stellenwert erhält.

691 Lebensräume verbinden heißt Arten schützen – die Senne wird 692 zweiter Nationalpark

693 Biologische Vielfalt braucht ihren Raum. Wo Lebensräume durch Straßen oder
694 Siedlungen zertrennt werden, ist die Belastung für die Tierwelt groß. Aus diesem
695 Grund schaffen wir einen übergreifenden Biotopverbund für Nordrhein-Westfalen.
696 Mit der Wiedereinführung des Landschaftsprogramms werden wir eine landesweite
697 Konzeption für Biotop und Artenschutz mit verbindlichen Vorgaben für die
698 Regionalpläne schaffen. Von besonderem Wert sind bei diesem Konzept die Bach-
699 und Flussauen, da hier Naturschutz, Biotopverbund und Hochwasservorsorge optimal
700 zusammen aufgebaut werden können. Das Vorkaufsrecht für Schutzgebietsflächen für
701 Naturschutzverbände muss endlich umgesetzt werden. Wir schützen wertvolle
702 Lebensräume durch eine Pestizidminderungsstrategie für alle Flächen, ein Verbot
703 von Pestiziden und Mineraldünger in Schutzgebieten sowie durch eine bessere
704 Förderung für eine vielfältige Landschaftsstruktur. Dazu muss die
705 Biodiversitätsstrategie mit einem konkreten Maßnahmenprogramm „Landesprogramm
706 Biologische Vielfalt“ umgesetzt werden. Für unsere Schutzgebiete brauchen wir
707 rechtliche bindende Schutzgebietsverordnungen, in denen festgelegte
708 Erhaltungsziele hinreichend quantifiziert werden und messbar nachgehalten werden
709 können. .

710 Durch einen Nationalpark in der Senne und weitere neue, möglichst große und
711 zusammenhängende Schutzgebiete schaffen wir zusätzlichen Rückzugsraum für
712 gefährdete Arten. Gerade im Verbund von Senne und Teutoburger Wald kann ein
713 weiteres großräumig vernetztes Schutzgebiet mit Wald- und Offenlandflächen im
714 Norden des Landes entstehen. Dafür muss der „Teuto“ vor Rodungen und vor
715 weiterem Abbagern durch die Zementindustrie geschützt werden.

716 Intakte Moore und Feuchtgebiete liefern einen bedeutenden Beitrag zur CO₂-
717 Minderung. Auch Grünland mit seinem weiträumigen Wurzelgeflecht ist ein
718 wichtiger CO₂-Speicher. Wir wollen daher diese Ökosysteme besser schützen, durch
719 gezielte Projekte aufwerten und den Wasserhaushalt dieser Lebensräume deutlich
720 verbessern.

721 Mehr Artenschutz in unserer Nachbarschaft

722 Artenschutz gehört auch in die Stadt. Zum Schutz der Artenvielfalt im
723 städtischen Raum setzen wir auf Nachverdichtung und Flächenrecycling, statt
724 intakte Grünflächen zu bebauen. Wir setzen auf Baumpflanzungen, begrünte
725 Fassaden und Dächer, auf starke kommunale Baumschutzsatzungen, renaturierte

726 Gewässer bis hin zu einem wirksamen Ausschluss von sogenannten Schottergärten in
727 der Landesbauordnung. Pestizide haben in Hausgärten, öffentlichen und nicht-
728 landwirtschaftlichen Flächen nichts verloren.

729 Entlang unserer Straßen muss es wieder summen. Straßengrün umrahmt mehrere
730 tausend Kilometer Straße in Nordrhein-Westfalen. Wir machen eine
731 insektenfreundliche und ökologische Pflege des Straßengrüns überall im Land zur
732 Regel und schaffen damit parallel zum Straßen- ein Vielfaltsnetz.

733 In unseren Städten wird es nachts nicht mehr richtig dunkel. Diese
734 Lichtverschmutzung ist nicht nur ein Problem für unseren Schlaf, sondern auch
735 für die biologische Vielfalt. Mit dem Verlust der Dunkelheit verlieren die
736 nachtaktiven Tiere ihren Lebensraum. Wir verankern die Vermeidung von
737 Lichtemissionen – dort wo es für die Sicherheit nicht notwendig ist – im
738 Landesrecht, etwa durch belastungsärmere Leuchtmittel und klare Regeln für
739 Neubaugebiete.

740 Wo Tier und Mensch eng zusammenleben, gibt es immer auch Konflikte, wie bei der
741 Rückkehr des Wolfs. Wir werden Rahmenbedingungen schaffen, die Wölfen
742 Lebensräume in NRW bieten und gleichzeitig Weidetierhaltung ermöglichen.
743 Wolfsmanagement bedeutet, dass nicht allein die Weidetierhalter*innen für den
744 Schutz ihrer Herden zuständig sind. Das Land ist in der Pflicht, die
745 Wolfspopulation in NRW so zu managen, dass der Hochwasserschutz auf Deichen und
746 die Artenvielfalt im Grünland, in der Heide und in Mooren durch Beweidung
747 erhalten bleiben und Schäferereien und andere tierhaltende Betriebe ihre Existenz
748 sichern können.

749 Klimaschutz und Artenschutz gehen nur zusammen

750 Natur- und Artenschutz braucht Klimaschutz und umgekehrt. Die Klimakrise heizt
751 das Artensterben und den Verlust von Lebensräumen an. Intakte Ökosysteme
752 wiederum dienen als natürliche CO₂-Senken und sind widerstandsfähiger gegen
753 Klimaänderungen. Konflikte zwischen dem Ausbau klimanotwendiger Infrastruktur
754 auf der einen und Natur- und Artenschutz auf der anderen Seite werden wir
755 auflösen. Durch vorrausschauende, klare und verbindliche Vorgaben auf Bundes-
756 und Landesebene schaffen wir eine Planungskultur, die Umweltregulierung nicht
757 als Fesseln wahrnimmt und Bürger*innen und Umweltverbände nicht als „Planungs-
758 Bremser“ abwertet, sondern ihre Ideen wertschätzt.

759 Wir bringen Schwung in die Infrastrukturplanung: mit einer Personal- und
760 Nachwuchsoffensive sowie Verbesserungen und Beschleunigungen operativer Abläufe
761 in Planungs- und Genehmigungsbehörden und Gerichten. Bürger*innenbeteiligung ist
762 dann erfolgreich, wenn sie verbindlich, frühzeitig und auf Augenhöhe
763 stattfindet. Umwelt- und Klimaverträglichkeitsprüfungen werten wir auf und
764 stellen sie an den Beginn des Verfahrens. Die Erfahrungen und die Expertise von
765 Naturschutz- und Umweltverbänden wollen wir stärker würdigen und eine Nutzung
766 vertraglich regeln.

767 Beim Ausbau der Windenergie leiten wir einen Systemwechsel ein. Mit einer Bund-
768 Länder-übergreifenden Bedarfsplanung sichern wir zwei Prozent der Landesfläche.
769 Dabei sind Schwerpunktorkommen besonders konfliktträchtiger,
770 windenergiesensibler Tierarten von vornherein aus Flächen für die Windenergie
771 auszuschließen. Mit Schutzprogrammen fördern wir die Population der Tierarten in

772 den Schwerpunkt vorkommen und überkompensieren damit mögliche negative
773 Auswirkungen auf einen Teil der Population an anderer Stelle. Wo es sinnvoll
774 ist, nutzen wir Repowering zum Rückbau von Anlagen an Standorten mit
775 Artenschutzkonflikten. Auch technische Lösungen wie Überwachung der Rotoren in
776 Echtzeit mit Abschaltautomatik für die Erkennung von Greifvögeln oder
777 Fledermäusen können die Tiere besser schützen.

778 Umweltverwaltung stärken und Umweltkriminalität konsequent 779 verfolgen

780 Starke Gesetze zum Schutz von Umwelt und Natur können nur wirken, wenn sie auch
781 konsequent angewandt werden. Die mehr als 30 EU-Vertragsverletzungsverfahren
782 gegen die Bundesrepublik und das Land NRW wegen nicht umgesetzter
783 Umweltgesetzgebung stehen sinnbildlich für die Probleme bei der Umsetzung. Als
784 unabhängiger Anwalt der Umwelt leistet die Umweltverwaltung einen wichtigen
785 Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, den Erhalt öffentlicher
786 Infrastruktur und der Sicherung des Wirtschafts- und Industriestandortes. Mit
787 einem Zukunftsplan stärken wir die Umweltverwaltung. Dazu gehört insbesondere
788 eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung, damit der Umweltschutz
789 nicht an unterbesetzten Behörden scheitert. Mit gezielten Kampagnen und
790 finanziellen Anreizen unterstützen wir die Gewinnung von Fachkräften. „Grüne
791 Telefone“ als unabhängige Umweltbeschwerdestellen werden auf allen Ebenen die
792 Regel, damit Missstände nicht im Verborgenen bleiben. Die Kommunikation zwischen
793 den Behörden, ehrenamtlichem Naturschutz und Naturschutzbeauftragten,
794 Privatpersonen und Unternehmen stärken wir. Durch die Digitalisierung entlang
795 landesweiter Standards zur Verbesserung, Entbürokratisierung und Beschleunigung
796 operativer Maßnahmen kann und muss die Arbeit effizienter, transparenter,
797 bürger*innennäher und wirtschaftlicher werden. Für die Umsetzung von
798 Naturschutzmaßnahmen oberhalb von gesetzlichen Mindeststandards stärken wir den
799 Vertragsnaturschutz, insbesondere auch mit Mitteln des Bundes, deutlich.

800 Umweltverbrechen sind kein Kavaliersdelikt. Die von Schwarz-Gelb abgeschaffte
801 Stabsstelle Umwelt- und Verbraucherschutzkriminalität setzen wir wieder ein und
802 entwickeln sie zu einer zentralen Koordinierungsstelle weiter. Zu ihren Aufgaben
803 gehören Sensibilisierung, Vermittlung von Wissen und die Vernetzung von Akteuren
804 wie (Umwelt-)Behörden, Polizei und Staatsanwaltschaften. Wir bündeln die Arbeit
805 der Strafverfolgungsbehörden in einer neuen „Schwerpunktstaatsanwaltschaft
806 Umweltkriminalität“ mit landesweiter Ermittlungsbefugnis.

807 Wir wahren das Naturerbe in NRW für die nächsten 808 Generationen – Mit einer Stiftung Naturerbe NRW

809 Das Naturerbe in Nordrhein-Westfalen steht unter Druck durch Privatisierung und
810 Zersiedelung. Für uns gilt: Das Naturerbe gehört uns allen und darf nicht hinter
811 hohen privaten Zäunen der Gemeinschaft entzogen werden. In einer rechtlich
812 selbstständigen „Stiftung für das Naturerbe in NRW“ bündeln wir die Naturflächen
813 im Besitz des Landes in einer zentralen Stelle und schützen sie damit vor
814 Privatisierung in Kooperation mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf
815 Bundesebene. Durch aktiven Zukauf von Flächen und Flächenaustausch bei Projekten
816 mit landesweiter Bedeutung schaffen wir einen landesweiten, dauerhaft

817 geschützten Biotopverbund, der für Generationen allen Menschen im Land
818 offenstehen und Natur erlebbar machen wird.

819 Natur und Umwelt lernen – Wir bilden Naturschützer*innen von 820 Morgen

821 Das Wissen über den Schutz von Umwelt, Natur und Klima ist nicht
822 selbstverständlich. Wenn mehr Menschen jeden Alters und aus jedem sozialen
823 Milieu informiert sind, mehr Menschen in ihrer ganz eigenen Art und Weise
824 Naturschützer*innen werden, dann können wir die Klima- und Artenkrise gemeinsam
825 besser meistern. Dabei leitet uns neben der klassischen Umweltbildung das
826 Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), das wir in allen
827 Bildungsbereichen fest verankern werden. Das Wissen über die internationalen
828 Ziele für nachhaltige Entwicklung (sustainable development goals) und die
829 sozial-ökologische Transformation zur Erreichung dieser Ziele werden so in die
830 Breite der Gesellschaft getragen – von der Kita, über die Lehrerinnenbildung bis
831 zur Senioren-Uni. Dafür setzen wir einen Rahmen, der von den Bildungsträgern mit
832 ihren didaktischen Konzepten mit Leben gefüllt werden kann. In den regionalen
833 Bildungsnetzwerken wird Bildung für nachhaltige Entwicklung zu einer tragenden
834 Säule. Wir fördern außerschulische Kooperationspartnerschaften und bauen die
835 BNE-Regionalzentren zu einem landesweiten BNE-Landesnetzwerk aus, das mehr
836 Projekte, Netzwerkpartner und kommunale Aktivitäten beinhaltet.

837 Ein wirksames Ergebnis ist dann erreicht, wenn sich die Menschen wieder als Teil
838 der Natur verstehen, von der sie ebenso abhängig sind, wie die Natur von ihnen.

839 Unseren Wald für die nächsten Generationen klimastabil und 840 naturnah entwickeln

841 Wälder verdienen unseren besonderen Schutz. Sie sind eine wesentliche CO₂-Senke
842 und Wasserspeicher und als solche unsere stärksten Verbündeten im Kampf gegen
843 die Klimakrise. Deswegen hat der Schutz der Wälder in NRW für uns höchste
844 Priorität. Gleichzeitig sind die Wälder selbst im Klima-Dauerstress. Aus diesem
845 Grund machen wir eine Waldentwicklung hin zu naturnahen, arten- und
846 strukturreichen Wäldern zum Ziel der nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft.
847 Hier werden sich selbst erhaltende Dauerwälder zum neuen Normal. Das gilt für
848 Wald in öffentlicher Hand genauso wie für den privaten Waldbesitz. Damit die
849 Waldentwicklung gelingt, bauen wir das Forstgesetz zu einem Landeswaldgesetz
850 aus. Außerdem entwickeln wir das Forstliche Bildungszentrum in Arnsberg zu einem
851 Waldbildungszentrum weiter, um hier verstärkt ökologische und klimatologische
852 Zusammenhänge zu vermitteln. Daneben stärken wir den Waldnaturschutz und werden
853 weitere Wildnis-Gebiete wie z.B. den Hambacher Wald und angrenzende Gebiete als
854 Referenzflächen für naturnahe Waldentwicklung ausweisen, wie es auch in der
855 Biodiversitätsstrategie NRW verankert ist.

856 Eine naturnahe, klimastabile Waldentwicklung gelingt nur mit den
857 Waldeigentümer*innen zusammen. Deshalb wollen wir die Förderprogramme für den
858 Waldbesitz nach und nach stärken und über die gute forstliche Praxis hinaus
859 ökologisch ausrichten. Wir werden geeignete Förder- und Beratungsinstrumente,
860 insbesondere auch für den Vertragsnaturschutz, schaffen, die die Waldentwicklung
861 hin zu einer naturgemäßen Waldwirtschaft vorantreiben.

862 Forstbetriebsgemeinschaften und forstliche Zusammenschlüsse wie
863 Waldgenossenschaften sind sehr gut geeignet, um die Potenziale kleiner privater
864 Waldflächen zu bündeln und die Waldbesitzer*innen fachlich und wirtschaftlich zu
865 unterstützen. Die Gründung von Bürger*innenwaldgenossenschaften werden wir
866 unterstützen, um Bürger*innen aktiv in den Schutz des Waldes mit einzubeziehen.
867 Der wachsenden Waldbrandgefahr begegnen wir, indem wir die Kommunen in der
868 Brandprävention und der effektiven Brandbekämpfung unterstützen.

869 Der Wald der Zukunft ist vielfältig

870 Naturverjüngung – also der sich selbst erneuernde Wald – ist zentral für eine
871 naturnahe Wiederbewaldung von Kahlfächen und den Erhalt klimastabiler
872 Dauerwälder. Ein naturverjüngter Wald ist zudem ein wichtiger Lebensraum für
873 bedrohte Arten. Um die Waldentwicklung hin zu klimastabilen Mischwäldern
874 gestalten zu können, wollen wir Maßnahmen entwickeln, damit Wildbestände
875 ausreichend reguliert und an ein waldverträgliches Maß angepasst werden.
876 Insbesondere Waldbesitzer*innen kleiner Waldflächen sollen dabei unterstützt
877 werden, eine tierschutzgerechte und ausreichende Bejagung ihrer Flächen
878 sicherzustellen.

879 Holz ist ein wertvoller nachwachsender Rohstoff, der CO₂ über Jahrzehnte binden
880 kann. Deshalb wollen wir in Zukunft Importe aus nicht-nachhaltiger Erzeugung
881 vermeiden und stärker auf den Baustoff Holz aus regionalen Wäldern setzen.
882 Öffentliche Gebäude sollen hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir wollen
883 Holz vorrangig für wertvolle langlebige Produkte in einer Mehrfachnutzung
884 einsetzen.

885 Sauberes Trinkwasser – immer und überall

886 Nitrat, Pestizide, Medikamentenreste und Mikroplastik haben in unseren Gewässern
887 nichts zu suchen. Eine der größten Belastungen für unser Trinkwasser geht nach
888 wie vor von Nitratreinträgen aus der Landwirtschaft aus. Aber auch der Einsatz
889 von Pestiziden setzt unseren Gewässern zu. Diese Stoffeinträge stellen die
890 Wasserversorger bei der Aufbereitung unseres Trinkwassers schon heute vor
891 erhebliche finanzielle Herausforderungen. Wir unterstützen daher Landwirt*innen
892 und die Wasserwirtschaft beim Schutz von Wasser und Umwelt und setzen die
893 bestehenden Regeln zum Gewässerschutz konsequent um. Um unser Wasser sauber zu
894 halten, fördern wir nachhaltige Formen der Landnutzung und Tierhaltung.
895 Erdgasförderung oder „Fracking“ gefährden unser Trinkwasser. Daher lehnen wir
896 diese Technologien auch aus Gründen des Trinkwasserschutzes ab.

897 Wir wenden konsequent das Vermeidungs- und Vorsorgeprinzip und die
898 Herstellerverantwortung bei Verschmutzungen unseres Wassers an. Zur fairen
899 Verteilung der steigenden Kosten für die Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung,
900 setzen wir einen Verursacherfonds auf und reformieren die Abwasserabgabe. So
901 stärken wir die Produktverantwortung von Herstellern. Die Wiederverwendung von
902 Abwässern und Speicherung von Regenwasser werden wir regeln und Anreize zum
903 Wassersparen schaffen. Um unsere Gewässer und Böden als Lebensraum und Quelle
904 für unser Trinkwasser zu schützen, muss eine Verbesserung der Klärtechnologie
905 und die dafür notwendige Finanzierung sichergestellt werden.

906 Wasser ist unser Lebensmittel Nr. 1 und sollte daher allen Menschen kostenfrei
907 zur Verfügung gestellt werden. Daher ergreifen wir die Initiative für eine
908 flächendeckende Trinkwasserversorgung an öffentlichen Plätzen, indem wir die
909 Kommunen in rechtlichen und organisatorischen Fragen unterstützen. Wir setzen
910 die europäische Trinkwasserrichtlinie vollständig um.

911 Wir schützen den Lebensraum Wasser

912 Wir schützen den Lebensraum Wasser

913 Die zurückliegenden Hitzesommer und Flutkatastrophen machen die Auswirkungen der
914 Klimakrise zunehmend spürbar. Wir entwickeln eine „Zukunftsstrategie Wasser“, um
915 angemessen auf die Auswirkungen der Klimakrise und deren Folgen reagieren zu
916 können. Auch Maßnahmen zur Verteilung der Wasserressourcen schreiben wir darin
917 fest. Die europäische Wasserrahmenrichtlinie verlangt eine Wiederherstellung des
918 naturnahen Zustandes unserer Gewässer. Diese Vorgaben werden zum Schaden von
919 Umwelt und dem Menschen schon viel zu lange ignoriert. Das werden wir ändern.
920 Denn lebendige, durchgängige und naturnah fließende Gewässer bilden mit ihren
921 Auen, Mooren, Feuchtwiesen, Äckern und Wäldern wichtige Lebensräume für
922 verschiedene Arten und leisten daher einen unersetzlichen Beitrag zum Erhalt der
923 Biodiversität. Im Sinne eines ökologischen Hochwasserschutzes verankern wir das
924 Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung mit Mooren, Auwäldern und Feuchtwiesen
925 stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung und im
926 Landeswassergesetz. Auch Deichrückverlegungen und der Erhalt und die
927 Nachverpflanzung von Bäumen auf Deichen unterstützen wir.

928 Wo „Wasserschutzgebiet“ drauf steht, muss auch Wasserschutz drin sein. Deshalb
929 überarbeiten wir das Landeswassergesetz und stärken den Wasserschutz nach vier
930 Jahren des Rückschritts wieder. Zukünftig muss der Trinkwasserschutz wieder
931 Vorrang vor Interessen wie der Kalkstein-, Zement- und Kiesindustrie haben. Wir
932 werden das Verbot des Rohstoffabbaus in allen Trinkwasserschutz- und
933 Reservegebieten deshalb wieder in Kraft setzen.

934 Die Klimakrise zwingt uns zu einer Wende im Umgang mit Wasser. Eine umfassende
935 Neubewertung der wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Regelungswerke auf
936 allen Ebenen ist erforderlich. Aber durch die Klimakrise werden auch Hochwässer
937 häufiger und heftiger. Wir müssen den Gewässern mehr Raum geben und fördern dies
938 durch Entwicklung natürlicher Rückhalteräume. Derzeit blockieren viele tausend
939 Querbauwerke, Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW. Um die
940 Wasserkraftnutzung mit den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie in Einklang
941 zu bringen, müssen insbesondere kleine Wasserkraftanlagen unter ökologischen
942 Aspekten weiterentwickelt werden. Fisch- und fließgewässerfreundliche
943 Wasserkraftwerke sollten bevorzugt werden und können zur Verbesserung des
944 Fließgewässers beitragen und gleichzeitig einen Beitrag zur Stromerzeugung
945 leisten. Verrohrte Bäche im Stadtgebiet sollten – wo möglich – offengelegt und
946 renaturiert werden.

947 Saubere Luft – überall in NRW

948 Saubere Luft ist überlebenswichtig. Jedes Jahr sterben in Deutschland 70.000
949 Menschen vorzeitig aufgrund schlechter Luft. Gerade Menschen mit geringen
950 Einkommen können es sich nicht aussuchen, ob sie an abgas- und

951 feinstaubbelasteten Hauptverkehrsstraßen oder in der Nähe einer stickstoff-
952 lastigen Intensivtierhaltung leben. Insofern ist saubere Luft auch eine Frage
953 der Gerechtigkeit. Mit der Wende hin zu schadstoffarmem, emissionsfreiem Verkehr
954 und Kraftwerk, mehr Stadtgrün und weniger versiegelten Flächen machen wir die
955 Luft sauberer. In der Landwirtschaft senken wir die Stickstoff- und
956 Pestizidbelastung durch die Stärkung einer bäuerlichen Landwirtschaft, die ihre
957 Tierbestände wieder an die vorhandene Fläche anpasst und in tiergerechten
958 Ställen hält.

959 Die Überschreitung von Grenzwerten ist keine Bagatelle, sondern gefährdet die
960 Gesundheit der Menschen. Statt auf die nächste Klage zu warten, setzen wir die
961 Grenzwerte konsequent um und unterstützen Kommunen und Kreise dabei, bevor es
962 überhaupt zu Klagen kommt. Wir legen ein Programm zur Verbesserung des
963 Messnetzes auf, das insbesondere bisher ausgesparte Orte wie Flughäfen,
964 Flusshäfen und Wohnbebauung einschließt. Dabei unterstützen wir die EU-weite
965 Anwendung der wissenschaftlich empfohlenen Grenzwerte der
966 Weltgesundheitsorganisation. Zurzeit nicht erfasste, aber hochgefährliche
967 Schadstoffe wie Ultrafeinstäube nehmen wir in das Messnetz auf und überwachen
968 sie systematisch. Beim Gesundheitsschutz darf es keine Lücken geben.
969 Umweltgerechtigkeit machen wir zu einem Querschnittsthema.

970 **Wir stärken Bäuer*innen, Tiere und Natur**

971 **Gute Nahrungsmittel aus einer gesunden Natur – Sicherheit** 972 **für Landwirt*innen**

973 Gute Lebensmittel von artenreichen Feldern und von gesunden Tieren, die ihren
974 Bedürfnissen entsprechend gehalten werden, hergestellt von Bäuer*innen mit
975 sicherem Einkommen in NRW. Das ist unser grüner Plan für die Landwirtschaft der
976 Zukunft. Immer mehr Menschen wollen regionale, klimafreundliche und gesunde
977 Lebensmittel kaufen – und immer mehr Landwirt*innen wollen diese produzieren.
978 Wir geben dieser Bewegung Rückenwind und wollen die Bäuer*innen beim Umstieg
979 unterstützen. Die Rechte der Konsument*innen wollen wir durch einen besseren
980 Verbraucherschutz stärken und die Ernährungsbildung fördern. Landwirtschaft und
981 der Schutz von Tieren, Klima, Umwelt und Gewässern sind keine Gegensätze,
982 sondern bedingen einander. Ohne eine intakte Natur, fruchtbare, Böden, sauberes
983 Wasser und ein stabiles Klima können Landwirt*innen auf Dauer nicht sicher
984 arbeiten. Schon heute tragen viele Landwirt*innen aktiv zum Schutz der
985 natürlichen Ressourcen bei. Sie werden wir weiter unterstützen und allen, die
986 den Aufbruch wagen, unter die Arme greifen. Das geht nur im engen und offenen
987 Austausch zwischen Landwirt*innen, Verbraucher*innen und Wissenschaftler*innen.

988 Unser Leitbild ist eine sich weiterentwickelnde ökologische, strukturreiche und
989 bäuerliche Landwirtschaft mit ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit,
990 Gentechnikfreiheit und Freiheit von chemisch-synthetischen Pestiziden. Tiere
991 müssen entsprechend ihrer Bedürfnisse gehalten werden und die industrialisierte
992 Intensivtierhaltung hat damit keinen Platz in der Zukunft der Landwirtschaft.
993 Mit der gezielten Förderung naturverträglicher und ressourcenschonender
994 Landwirtschaft geben wir mehr und mehr landwirtschaftlichen Betrieben die
995 Planungs- und Investitionssicherheit, die sie brauchen. Unser Ziel ist es, den
996 Anteil des Ökolandbaus von heute knapp sieben Prozent auf 30 Prozent bis 2030 zu

997 steigern. Gemeinsam mit dem Bund setzen wir die europäischen Vorgaben zur
998 Verringerung des Stickstoffeintrages durch Düngemittel konsequent um und
999 schützen so Trinkwasser und Böden. Mittelfristig reduzieren wir den Bestand
1000 landwirtschaftlich gehaltener Tiere auf ein umwelt- und tierverträgliches Maß.

1001 Landwirtschaft entwickelt sich weiter. Wir wollen dabei die Agrarforschung hin
1002 zu einer naturverträglichen Landwirtschaft ausweiten, von vielfältigen
1003 Fruchtfolgen, über widerstandsfähige Anbausysteme bis hin zu Agroforstansätzen.

1004 Eine Landwirtschaft ohne Pestizide – Für Bienen, Vögel und
1005 Co.

1006 2100 Tonnen Pestizide wurden im Jahr 2017 landesweit auf den Feldern
1007 ausgebracht. Mit verheerenden Folgen für die Artenvielfalt auf und neben dem
1008 Acker und der Gesundheit von uns Menschen. Unser Ziel ist es, die Abhängigkeit
1009 der modernen Landwirtschaft von chemisch-synthetischen Pestiziden zu überwinden.
1010 Mit einem verbindlichen Pestizidreduktionsprogramm halbieren wir den Einsatz von
1011 Pestiziden kurzfristig. Besonders die für die Artenvielfalt kritischen Pestizide
1012 und Pestizidgemische finden keinen Einsatz mehr. Als Steuerungsinstrument setzen
1013 wir auf eine NRW-Pestizidatenbank, mit der die Abkehr von Pestiziden für alle
1014 transparent und planbar wird.

1015 Wir lassen die Landwirt*innen auf diesem Weg nicht allein. Wo durch die
1016 Umstellung Mehrkosten anfallen, wollen wir die Landwirt*innen mit Förder- und
1017 Ausgleichskonzepten unterstützen und ihnen mit Beratungsangeboten zur Seite
1018 stehen, wie z.B. auch zum Nützlingseinsatz und der biologischen Düngung.

1019 Die Kosten für Umwelt und Gesundheit durch einen aus dem Ruder gelaufenen
1020 Pestizideinsatz zahlen gerade wir alle, besonders auch die Menschen auf dem
1021 Land. Mit einer verursacherorientierten Pestizidabgabe, vorzugsweise auf
1022 Bundesebene, geben wir den Schäden einen ehrlichen Preis und nutzen die
1023 Einnahmen gezielt für die Umstellung auf eine pestizidarme Landwirtschaft und
1024 die Wiederherstellung intakter Natur.

1025 Der Einsatz für Natur, Tiere und Menschen muss sich für die
1026 Landwirt*innen lohnen

1027 Der Großteil der Agrarförderung geht derzeit an die größten Betriebe, nicht an
1028 diejenigen, die tagtäglich mit großem Aufwand gesunde Lebensmittel im Einklang
1029 mit der Natur erzeugen. In Nordrhein-Westfalen werden wir alle Möglichkeiten
1030 nutzen, damit das öffentliche Geld von EU, Bund und Land an die Bäuer*innen und
1031 Betriebe geht, die mit ihrem Schutz von Natur und Tieren eine öffentliche
1032 Leistung erbringen. Der Umstieg in eine insekten- und vogelfreundliche
1033 Landwirtschaft muss sich lohnen.

1034 Gerade kleine Feldeinheiten und bäuerliche Betriebe sind gut für die
1035 Artenvielfalt und bilden das Rückgrat des ländlichen Raums. Mit zielgerichteter
1036 Unterstützung bäuerlicher Betriebe und Abbau unnötiger Bürokratie stoppen wir
1037 das Sterben kleiner Höfe. Durch den Ausbau sozialökologischer Beratungsangebote
1038 für Familienbetriebe (z.B. zu Regionalvermarktung, partizipativen Ansätzen wie
1039 Erzeuger*innengemeinschaften, solidarischer Landwirtschaft oder Ernährungsräten)
1040 bieten wir konkrete und niederschwellige Hilfe, damit der Übergang zwischen den

1041 Generationen und in die Landwirtschaft der Zukunft gelingt. Bestehende Programme
1042 zum Umbau der Tierhaltung hin zu mehr tiergerechter Haltung sind für viele
1043 kleine Höfe durch zu hohe Anforderungen versperrt. Statt umzubauen, geben so
1044 viele Betriebe auf. Wir stellen Planungs- und Investitionssicherheit mit einem
1045 landeseigenen Förderprogramm her, das gezielt Bauvorhaben kleinerer und
1046 mittlerer Betriebe fördert und schließt so eine Lücke in der Agrarförderung. Wo
1047 Arbeitsbedingungen in landwirtschaftlichen Betrieben und dem verarbeitenden
1048 Gewerbe untragbar sind, greifen wir hart gegen Ausbeutung durch und unterstützen
1049 bessere Arbeitsschutzvorgaben auf Bundes- und EU-Ebene.

1050 Genuss für Artenvielfalt und Natur

1051 Viele Menschen wünschen sich regionale, handwerkliche Produkte aus einer
1052 bäuerlichen Landwirtschaft. Wir richten in jedem Kreis und jeder Großstadt ein
1053 Zentrum für handwerkliche Lebensmittelverarbeitung ein. In enger Zusammenarbeit
1054 mit den Kommunen und den dortigen Betrieben wird vor Ort entschieden, was
1055 gebraucht wird, vom Wiederaufbau eines kleinen Schlachthofes bis zu einer
1056 regionalen Vertriebsstelle.

1057 Zuverlässige Abnahme schafft Sicherheit. Mit dem „300 mal 30 Prozent-Programm“
1058 fördern wir mindestens 300 Kantinen und Mensen von Betrieben, Krankenhäusern,
1059 Behörden, Kitas und Schulen dabei, mindestens 30 Prozent ihrer Produkte aus dem
1060 Ökolandbau zu beziehen und so viel wie möglich regional, direkt von den
1061 Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. Zudem fördern wir den Ausbau von
1062 (Schul-)Kantinen in NRW, um eine gute Ernährung für alle zu ermöglichen.
1063 Vollwertige fleischfreie und vegane Angebote sollen zur täglichen
1064 Selbstverständlichkeit und hochwertiges Bio-Fleisch aus der Region besser
1065 gefördert werden. So schaffen wir regionale Märkte mit fairen Preisen und
1066 Planungs- und Investitionssicherheit für landwirtschaftliche Betriebe. Und nicht
1067 zuletzt: Orte, an denen viele Menschen gesundes und ökologisch produziertes
1068 Essen aus ihrer Region genießen können!

1069 12 Millionen Tonnen noch essbarer Lebensmittel werden jedes Jahr in Deutschland
1070 weggeworfen, ein großer Teil davon auch in NRW. Gemeinsam mit dem Bund weiten
1071 wir Projekte zur Eindämmung dieser Lebensmittelverschwendung aus, verpflichten
1072 den Handel und Produzent*innen genussstaugliche Lebensmittel weiterzugeben und
1073 entkriminalisieren das Retten von Lebensmitteln, das so genannte „Containern“.

1074 Tiere haben ein Recht auf ein qualfreies und artgerechtes 1075 Leben

1076 Mit einer ambitionierten „Landesstrategie Nutztierhaltung“ wollen wir die
1077 Tierhaltung deutlich verbessern und für tiergerechte Haltungsbedingungen in
1078 nordrhein-westfälischen Ställen sorgen.

1079 Wir verbessern den Tierschutz auf den Schlachthöfen in Nordrhein-Westfalen und
1080 fordern mobile und dezentrale Schlachtstrukturen. Insbesondere bei
1081 tierschutzsensiblen Arbeitsbereichen wie dem Zutrieb, der Betäubung und dem
1082 eigentlichen Töten, muss die bisherige Akkordarbeit beendet werden. Wir stärken
1083 die Kontrollen durch unabhängige Kontrolleur*innen und setzen auf den
1084 flächendeckenden Einsatz von Videokontrollen in tierschutzrelevanten Bereichen.
1085 Jedes Jahr werden Millionen von Schweinen vor der Schlachtung mit Kohlendioxid

1086 betäubt, obwohl es Zweifel an Wirksamkeit und Schmerzfreiheit gibt. Wir setzen
1087 auf tierschutzkonforme Alternativen für die CO₂-Betäubung und setzen uns für die
1088 Qualitätssicherung bei Betäubungsgeräten ein. Nicht medizinisch notwendige
1089 Amputationen und Eingriffe lehnen wir ab.

1090 Lange Lebendtransporte bedeuten für die Tiere ungeheure Strapazen und besonders
1091 bei Jungtieren nicht selten qualvolles Leiden. Wir beschränken Tiertransporte
1092 aus und in NRW ausnahmslos auf maximal vier Stunden und genehmigen sie nur unter
1093 strengen Tierschutz-Auflagen. Diese, kontrollieren wir besser und setzen uns für
1094 eine Überarbeitung der Tierschutz-Standards für mehr Tierwohl ein. Da bei
1095 Lebendtiertransporten in Nicht-EU-Länder die Einhaltung der Tierschutz-Standards
1096 nicht gewährleistet werden kann, werden wir diese Transporte aus NRW beenden und
1097 uns für ein bundesweites Verbot einsetzen.

1098 Mehr Power für den staatlichen Tierschutz

1099 Um Tierschutz durchzusetzen, ist es unerlässlich, dass der oder die
1100 Landestierschutzbeauftragte in Zukunft endlich weisungsunabhängig agieren kann.
1101 Wir machen den Tierschutz in NRW effektiv, indem wir diesen in einem Ministerium
1102 bündeln. Die seit Jahren anhaltende, unzureichende personelle Ausstattung der
1103 Veterinärämter hat immer wieder zur Konsequenz, dass massive
1104 Tierschutzverletzungen nicht geahndet werden. In zu vielen Fällen werden
1105 Vergehen nicht durch die örtlichen Veterinärämter aufgedeckt, sondern durch
1106 Tierschützer*innen, Bürger*innen oder Journalist*innen. Nicht selten bringen
1107 diese sich bei dieser Aufklärungsarbeit selbst in Gefahr. Daher sollten die
1108 amtlichen Kontrollen gestärkt werden. Wir führen das abgeschaffte
1109 Verbandsklagerecht für anerkannte Tier- und Artenschutzverbände so schnell wie
1110 möglich wieder ein und bauen es aus, indem wir eine Feststellungs- und
1111 Anfechtungsklage mit der Möglichkeit einer aufschiebenden Wirkung für alle
1112 tierschutz-relevanten Bereiche einführen. Wir ändern die Landesbauordnung um den
1113 Brandschutz in Ställen zu verbessern und stellen sicher, dass in Neubauten und
1114 Bestandsgebäuden die gesetzlichen Standards konsequent umgesetzt werden. Dazu
1115 gehört für uns auch ein schnelles Ende von Anbinde-, Kastenhaltung und
1116 isolierter Haltung.

1117 Tierversuche reduzieren, Haustiere schützen

1118 Die Zahl der Tierversuche ist seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau,
1119 obwohl die Alternativen in den letzten Jahren vielfältiger und aussagekräftiger
1120 wurden. Wir setzen uns für ein Verbot von Tierversuchen ein, für die es
1121 anerkannte, tierleidfreie Alternativen gibt. Mit klaren Zielvereinbarungen,
1122 gezielter Förderung und eindeutigen Vorgaben reduzieren wir die Anzahl der
1123 Tierversuche in allen Bereichen deutlich und streben ein Ende von Tierversuchen
1124 an. Die Forschung mit tierleidfreien Alternativen wollen wir in NRW
1125 unterstützen. Auch im privaten und gewerblichen Bereich muss der Tierschutz noch
1126 verbessert werden. Deshalb wollen wir in der Tierzucht den Ausstieg aus
1127 Überzüchtung und Qualzucht vorantreiben. Mit einem Gefahrtiergesetz stellen wir
1128 sicher, dass potenziell für andere Menschen gefährliche Tiere gut und sicher
1129 gehalten werden. Reptilien- und Exotenbörsen kontrollieren wir stärker und
1130 setzen uns für ihre Abschaffung ein. Das bestehende Gifttiergesetz ist deutlich
1131 zu kurzgefasst und leistet keinen Beitrag zur Eindämmung des illegalen Handels

1132 mit exotischen Wildtieren und deren artgerechter Haltung. Wer Haustiere hält,
1133 trägt Verantwortung für eine artgerechte Haltung und das Wohl des Tieres. Eine
1134 verpflichtende Identitätsüberprüfung beim Online-Handel und Kennzeichnungs- und
1135 Registrierungspflichten sind wichtige bundesweite Maßnahmen, um das Tierwohl
1136 besser zu schützen.

1137 Tierheime übernehmen eine wichtige gesellschaftliche Funktion, werden aber
1138 finanziell und strukturell vernachlässigt. Viel zu oft ist ihre Finanzierung von
1139 Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Sponsoring abhängig. Wir führen landesweit eine
1140 verbindliche Vergütung von Tierheimen für die Unterbringung von Heimtieren ein,
1141 damit die Tierheime sicher planen und Tiere bestmöglich schützen können. Seit
1142 Jahren sind sich Expert*innen darüber einig, dass Wildtiere unter den
1143 Bedingungen nicht ortsfester Einrichtungen (Zirkusbetriebe) nicht art- und damit
1144 tierschutzgerecht gehalten werden können. Trotz mehrerer Initiativen des
1145 Bundesrates kam es bisher nicht zu einem Verbot der Mitführung von Wild- und
1146 Großtieren. Noch viel zu oft leiden auch domestizierte Tiere in Zirkus und Co.
1147 Für domestizierte Tiere in Zirkussen muss sichergestellt sein, dass ihre
1148 Unterbringung und Versorgung jederzeit tiergerecht gewährleistet ist und den
1149 Tierschutzleitlinien entspricht. Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten
1150 Zirkusleitlinien unverzüglich und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen
1151 überarbeitet und in diesen Punkten angepasst werden. Zudem wollen wir zum Wohle
1152 von Tier und Mensch den Einsatz von Tieren, insbesondere Pferden, für Karnevals-
1153 und Festumzüge einschränken und setzen bei der Umsetzung auf individuelle
1154 Regelungen vor Ort.

1155 **Wir bewahren unsere Landschaften und unseren** 1156 **Boden**

1157 **Mit neuen Konzepten gegen den Flächenfraß**

1158 Unser Boden ist eine endliche Ressource. In keinem anderen Flächenland ist er so
1159 knapp wie im dicht besiedelten NRW. Gleichzeitig ist der Verbrauch von Fläche
1160 durch Bebauung und den Rohstoffabbau eine der Ursachen für die schlimmsten
1161 Umweltprobleme, angefangen beim Artensterben, über Dürre- und
1162 Hochwasserereignisse bis hin zur Erderwärmung. Deshalb gilt es, Flächen
1163 besonders effizient zu nutzen, indem wir kleinere Wohneinheiten planen, stärker
1164 in die Höhe als Breite bauen und gemeinschaftliche Wohnformen fördern. Wir
1165 machen endlich Ernst im Kampf gegen den Flächenfraß – mit einem klaren
1166 Rechtsrahmen und intelligenten Lösungen. Dazu schreiben wir zunächst kurzfristig
1167 eine Obergrenze für den Flächenverbrauch von fünf Hektar pro Tag im
1168 Landesentwicklungsplan (LEP) fest. Bis spätestens 2035 wollen wir dafür sorgen,
1169 dass nicht mehr Fläche verbraucht, als gleichzeitig entsiegelt wird. Um diese
1170 Zielsetzung zu erreichen, werden wir gezielt Instrumente einführen, wie z.B.
1171 tauschbare Flächenzertifikate oder u.a. vom Flächeneffizienzquotienten
1172 abhängigen Versiegelungsabgaben. Weiterhin werden wir bei dem verbleibenden
1173 Flächenverbrauch zukünftig einen wirksameren und ortsnahen ökologischen
1174 Ausgleich sicherstellen und ein klares Ökopunktesystem einführen.

1175 Brachflächen reaktivieren, Altlasten entsorgen

1176 Der jahrzehntelange Strukturwandel hat sichtbare Spuren in Form von
1177 industriellen und gewerblichen Brachflächen hinterlassen. Hier soll Neues
1178 entstehen. Doch Entgiftung, Abriss und Verkehrsanschluss sind für private
1179 Investor*innen und Kommunen oft unwirtschaftlich oder einfach nicht leistbar.
1180 Darum verstärken wir das Engagement des Landes bei der Reaktivierung von
1181 Brachflächen. Dazu verstetigen wir den Grundstücksfonds NRW. . Mit seiner Hilfe
1182 geben wir Kommunen die Möglichkeit, Flächen anzukaufen, zu entwickeln und neu zu
1183 nutzen. Parallel verdoppeln wir die Fördermittel des Landes für die Beseitigung
1184 von Altlasten in einem ersten Schritt und streben mittelfristig eine weitere
1185 deutliche Erhöhung an. Wir machen diese Mittel auch für gemeinnützige und
1186 gemeinwohlorientierte Grundstückseigentümer*innen zugänglich.

1187 Mehr grün, weniger grau: neue Standards in der 1188 Flächenentwicklung

1189 Unser langfristiges Ziel ist eine Gesellschaft, die nicht mehr Fläche
1190 verbraucht, als sie der Natur zurückgibt. Bis es so weit ist, setzen wir neue
1191 klima- und umweltfreundliche Maßstäbe bei der Flächenentwicklung. Tote
1192 Schottergärten, Parkplatzwüsten oder Industriebauten mit dem energetischen
1193 Standard von Wellblechhütten wird es mit uns zukünftig nicht mehr geben.
1194 Stattdessen setzen wir auf verkehrsberuhigte Plus-Energie-Siedlungen, Null-
1195 Emissions-Gewerbeparks und kühle, artenreiche Gärten. Mit einer Reform der
1196 Landesbauordnung können wir eigene Standards setzen und geben unseren Städten
1197 und Gemeinden die Möglichkeit, über kommunale Satzungen geeignete Vorgaben für
1198 die Erschließung von Grundstücken, nachhaltiges Bauen, regenerative
1199 Energiekonzepte, die ökologische Gestaltung von Gärten und Freiflächen, die
1200 Versickerung von Regenwasser oder die Begrünung von Dächern festzulegen.

1201 "Wohnen über dem Supermarkt, parken darunter": Wir nutzen 1202 bebaute Fläche effektiver

1203 Den Flächenfraß aufhalten bedeutet auch, bereits bebaute Flächen effektiver zu
1204 nutzen. Wir geben unseren Kommunen dafür neue Instrumente an die Hand und
1205 fördern innovative Bebauungs- und Nutzungskonzepte. Dazu werden wir die
1206 Landesbauordnung ändern, um unterschiedliche Nutzungen auf einem Grundstück, wie
1207 z.B. die Wohnung über dem Supermarkt, leichter vereinen zu können. Wir geben
1208 Kommunen die Möglichkeit, hierzu Vorgaben zu machen. Um zusätzlichen Wohnraum
1209 auf vorhandenen Flächen zu schaffen, werden wir Dachausbauten und Aufstockungen
1210 fördern und dazu die soziale Wohnraumförderung und die bestehenden
1211 Förderprogramme zur Gebäudesanierung erweitern. Wir verschärfen das
1212 Wohnraumstärkungsgesetz und unterstützen Kommunen bei der Anwendung von
1213 Zweckentfremdungssatzungen. Großflächig betonierten Parkplätzen vor
1214 Firmengebäuden oder Supermärkten werden wir einen planungsrechtlichen Riegel
1215 verschieben und durch die Festschreibung von Tiefgaragen und Parkhäusern Fläche
1216 schonen. Dabei werden wir dafür sorgen, dass in urbanen Gebieten ganz auf
1217 Stellplätze verzichtet werden kann und senken durch bedarfsgerechte Vorgabe von
1218 Stellplätzen die Baukosten.

1219 Eine Landgesellschaft für den Naturschutz und die Land- und
1220 Forstwirtschaft

1221 Grund und Boden wird nicht nur für den Siedlungsbau gebraucht. Auch wer Flüsse
1222 renaturieren, Landwirt*innen fördern und eine ökologische Forstwirtschaft
1223 umsetzen will, ist auf die knappe Ressource Boden angewiesen. Was in anderen
1224 Bundesländern schon lange erprobt ist, wollen wir jetzt in NRW realisieren: Mit
1225 einer gemeinnützigen „Landgesellschaft“ können wir Boden für ökologische, aber
1226 auch für agrar- und forststrukturelle Zwecke bevorraten und vergeben. So steuern
1227 wir die Bewirtschaftung un bebauter Flächen und sorgen für eine
1228 gemeinwohlorientierte Nutzung. Um eine auf sozialökologische Belange abgewogene
1229 Grundstücksvergabe zu gewährleisten, schaffen wir eine solide gesetzliche
1230 Grundlage zur Bestimmung der Gemeinwohlkriterien und installieren ein
1231 unabhängiges und fachübergreifendes Aufsichtsgremium.